

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verrens-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 A.

Die Konjunktur.

I.

Lange herrschte Ungewissheit über den Charakter der diesjährigen Bautätigkeit. Die auffrischende Tätigkeit der Terrainternehmungen schon am Ausgange des Winters ließ zunächst eine Belebung erwarten. Aber dann zeigte sich die Witterung der Aufnahme der Bauarbeit so ungünstig, daß noch gegen Ende März eine starke Arbeitslosigkeit herrschte. Bei der Arbeitslosenzählung des Zentralverbandes der Maurer am 27. März wurden 147 863 Mitglieder befragt. Von ihnen waren noch 31 687 oder 21,43 pZt. ohne Beschäftigung, wovon allerdings 4919 oder 3,32 pZt. Krankheit als Grund der Arbeitslosigkeit angaben. Auch die nächsten Wochen ließen noch keinen Schluß auf die Entwicklung der allgemeinen Konjunktur zu. In einigen Orten und Gebieten besserte sich die Lage zwar so weit, daß nicht nur alle vorhandenen Arbeitskräfte Beschäftigung fanden, sondern sogar Zugang gewünscht wurde, in andern Teilen des Landes dagegen sah es noch im April recht trostlos aus. So besonders im ganzen Osten, im Arbeitsgebiet von Groß-Berlin und im überwiegenden Teile der süddeutschen Staaten. Ende April, bei der am 24. vorgenommenen Arbeitslosenzählung, waren von 150 471 befragten Maurern 9209 oder 6,12 pZt. arbeitslos, wovon 4098 oder 2,72 pZt. wegen Krankheit feierten. Gleichwohl hatte sich in diesem Monat die entscheidende Wendung vollzogen, das Baugewerbe war annähernd vollbeschäftigt. Im Mai zeigte die Zählung nur noch eine schwache Abnahme der Arbeitslosenziffer, von 156 734 Befragten waren noch 8436 oder 5,38 pZt. arbeitslos, wovon aber fast die Hälfte, nämlich 3702 oder 2,36 pZt., wegen Krankheit feierte. Eine weitere kleine Besserung brachte der Juni, wo von 160 913 befragten Mitgliedern des Maurerverbandes 6797 oder 4,22 pZt., davon 3534 oder 2,19 pZt. wegen Krankheit ohne Beschäftigung waren.

Diese Zahlen lassen den Schluß zu, daß die Bautätigkeit gegen das vorausgegangene Jahr eine entscheidende Besserung erfahren hat. Denn was für das Maurergewerbe gilt, gilt in diesem Falle für das Baugewerbe im allgemeinen. Die Zählungen umfaßten alle Landesteile, sowohl die Großstädte wie kleine und kleinste Dörfer, auch solche, die nicht als Arbeits-, sondern nur als Wohnstätten baugewerblicher Arbeiter in Betracht kommen. Man kann darum mit Fug und Recht von einer mittelguten Konjunktur sprechen. Nur darf man nicht annehmen, daß sie überall gleichmäßig sei, oder überall gleichzeitig begonnen habe. Gerade im Zeitpunkte der Besserung bestehen große Verschiedenheiten unter den einzelnen Landesteilen. Am 27. März waren z. B. von den Befragten arbeitslos im ganzen Zahlbereich 21,43 pZt., in Württemberg aber nur 10,81, in Westfalen und Elbe 11,14, in Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Bremen 13,37, in der Provinz Sachsen und Anhalt 14,25 pZt., dagegen in Ost- und Westpreußen 46,91, in Pommern 46,67, in Mecklenburg 36,48, in Schlesien 33,17 und in Brandenburg 28,77 pZt. Wir sehen also, daß in den östlichen Bezirken noch sehr große Arbeitslosigkeit herrschte, als man in Mittel-, West- und Süddeutschland schon den Berg hinter sich hatte. Ob dabei nun das Wetter oder der wirtschaftliche Charakter der Landesteile die größere Ursache war, muß unentschieden bleiben, jedenfalls hat beides einen Einfluß in dieser Richtung ausgeübt.

Eine ähnliche Verschiedenheit wie bei dem Eintritt der besseren Konjunktur sehen wir bei ihrer Verbreitung. Nur daß sich hier die Verhältnisse annähernd umgekehrt haben. Während die östlichen Landesteile, die erst so spät an dem Umschwunge teilnahmen, mit Ausnahme

der Stadt Posen und einiger Teile der Provinz, eine gute, teilweise sehr gute Bautätigkeit aufweisen können, liegen die Erwerbsverhältnisse im süddeutschen Baugewerbe — wiederum mit einigen Ausnahmen — nicht besonders günstig. Bei einem Ueberblick über die vorliegenden Berichte kommen wir zu dem Schluß, daß gegenwärtig, am Ende des ersten und am Anfange des zweiten Halbjahres, in drei Vierteln bis vier Fünfteln des Landes eine mittelgute Bautätigkeit herrscht, die sich in einzelnen Orten und Gebieten zu einer sehr guten erhebt. Im übrigen Teile herrscht Arbeitsmangel, aber nicht gerade Arbeitsnot. Von einer Arbeitsnot kann — die folgenden Einzelberichte werden es zeigen — nur an einigen wenigen Orten geredet werden. Wir stellen das ausdrücklich fest gegenüber den anders lautenden Berichten in den Organen der Unternehmer, die fort und fort über einen „Diesstand des Baugewerbes“ klagen, der in Wirklichkeit nur in einem beschränkten Teile des Landes vorhanden ist. Es ist uns unerfindlich, wozu eine solche Irreführung der Öffentlichkeit taugen soll; man kommt fast auf den Gedanken, daß diese Schwarzmalerei betrieben wird, um bei den Tarifverhandlungen im nächsten Jahre behaupten zu können, die Geschäfte ständen zu schlecht, als daß die Lohnforderungen der Arbeiter bewilligt werden könnten.

Wir lassen nun die Einzelberichte folgen und beginnen mit denen aus

Ost-Deutschland.

Der Vorliegende des Gau's Danzig berichtet: Im Gegensatz zum Jahre 1908 läßt sich diesmal, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über eine durchweg gute Baukonjunktur berichten, die freilich sehr spät, an manchen größeren Orten erst nach den Pfingstfeiertagen, begann. Im Frühjahr sah es mit der Arbeitslosigkeit noch trübselig aus. Dieser Umstand machte sich besonders bei den Tarifverhandlungen zu unserm Schaden bemerkbar, während ihn die Unternehmer zu ihrem Vorteil auszunutzen verstanden. In der Stadt Danzig waren am 1. April von 750 anfalligen Verbandsmitgliedern nur 268 in Arbeit. Ähnlich schlecht war es im ganzen Gau. Der lange und strenge östpreussische Winter mag sein Teil dazu beigetragen haben. Jetzt ist aber dieser jammervolle Zustand überstanden, überall herrscht eine rege Bautätigkeit. Ganz besonders erfreulich ist die Besserung des Baumarktes in Königsberg i. Pr. Dort zählten wir im Jahre 1908 auf 61 Bauten nur 24 Poliere, 390 Maurer und 83 Lehrlinge; in diesem Jahre wurden auf 64 Neubauten 608 Maurer, 34 Poliere und 78 Lehrlinge gezählt. In dieser Zahl sind aber die vielen Scharwerksbauten, die zurzeit vorhanden sind, nicht mitenthalten. Die wirkliche Zahl der Bauten und der beschäftigten Kollegen ist weit größer als angegeben. Die Konjunktur wird sich aber noch bedeutend verbessern. Die Entfestigung Königsbergs ist beschlossene. Die Stadt hat das ganze fiskalische Gelände für 29 Millionen Mark in ihren Besitz gebracht. Dieses Geld wird der Fiskus nicht einsehen dürfen, sondern in Kasernen- und neuen Befestigungsbauten anlegen müssen, die weit entfernt von der Stadt angelegt werden sollen. Außerdem hat die Stadt 43 Millionen Mark für Bauzwecke als Anleihe aufgenommen. Weiter wird in nächster Zeit der Bau des Zentralbahnhofs in Angriff genommen. Hinzu kommt noch, daß etwas zur Befestigung der herrschenden Wohnungsmangel getan werden muß — an keinen Wohnungen steht kaum 1 pZt. leer —, so daß man für Königsberg mit einer Fortdauer der guten Konjunktur rechnen kann. Auch in Danzig herrscht jetzt eine im Verhältnis zu 1908 bedeutend bessere Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Beschäftigten ist von 481 im Jahre 1908 auf 783 gestiegen. Von den 73 vorhandenen Neubauten haben wir herbor: das Fußtagelände, das eine Million Mark kosten soll, ferner den Kranenhausneubau, der mit 6½ Millionen Mark beantragt ist und 1910 fertiggestellt sein soll. Außerdem werden noch fünf staatliche und acht kommunale Bauten sowie zwei große, aus Eisenbeton konstruierte Speicher hergestellt. In der nächsten Zeit werden größere Bauprojekte schwerlich aufzutauchen. Immerhin dürfte aber die chronische Wohnungsnot die private Bautätigkeit derart beleben, daß alle Kollegen vollauf Beschäftigung finden. Statistische Angaben können wir über die schlechten Wohnungsverhältnisse in Danzig nicht anführen, weil solche nicht vorhanden sind. Eine Kommission, die vor einigen Jahren zur Ermittlung

der Wohnungsnot eingesetzt wurde, hat keine wirksame Tätigkeit entfaltet und ist nach kurzer Zeit sehr enttäuscht. In den Danzig nahegelegenen Orten ist die Bautätigkeit in Dirschau und Pespiln gut, in Neudorf, Liegenhof, Schöneberg, Schönbaum, Prant, Lauenburg und Schöned mittelmäßig, schlecht in Pr.-Stargard, Neme, Joppot und Oliva. In Marienburg i. Pr. war die Bautätigkeit bisher sehr schlecht; außer den ständigen Arbeiten an der Burg waren nur drei Neubauten vorhanden. Die Militärbehörde wird jetzt jedoch mit umfangreichen Kasernenbauten, genügende Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Mittelmäßig ist die Konjunktur in Königs, gut in Czest, Ludel, Schlochau, Kalk, Jastrow und Wito. Das gleiche kann von Stolp i. Pom. gemeldet werden. Hier werden die Vorbereitungen zur Feier des 600jährigen Bestehens der Stadt noch manche Arbeitsmöglichkeiten bringen. Gegenwärtig sind alle Kollegen in Arbeit und täglich suchen die Unternehmer durch Anzeigen in den Zeitungen Maurer nach Stolp zu ziehen. In Aussicht stehen einige Bahnbauten, ein Wasserwerk, die Gasrentkaserne und weitere kommunale, gewerbliche, Privatbauten. In Bromberg zählten wir 49 Neubauten, 9 Umbauten und 8 Reparaturen — 61 Arbeitsstellen. Beschäftigt waren 240 Kollegen. Die Arbeitslosigkeit hat sich hier also gegen das vorige Jahr, wo nur 46 Arbeitsstellen gezählt wurden, bedeutend gebessert. Während der Kasser Absperrung war es uns sogar möglich, zeitweilig von dort Kollegen in Bromberg unterzubringen. Auch in den Orten um Bromberg, in Schörritz und Labeschin, hat sich genügend Arbeitsmöglichkeiten finden lassen. In Hohensakka liegt dagegen der Arbeitsmarkt wie im vorigen Jahre völlig daneben. In Graudenz sind zurzeit auf 40 Neu- und Umbauten 291 Kollegen beschäftigt. Im Jahre 1908 waren es auf 30 Bauten nur 169. Da zum Oktober viele Bauten fertiggestellt sein werden, so kann zum Herbst ein kleiner Übergang in der Bautätigkeit eintreten, der aber bald wieder durch umfangreiche kommunale- und Privatbauten wett gemacht werden dürfte. Vom 1. Juli 1908 bis zum 1. Juli 1909 sind in Graudenz 171 Neu- und Umbauten angemeldet und für alle Bauten ist die Baugenehmigung erteilt worden. Da aber in diesem Zeitraum nur 78 Bauten in Angriff genommen und fertiggestellt worden sind, so verbleiben noch 93 Bauten, die noch zur Ausführung gelangen sollen. Wenn auch erfahrungsgemäß hier von ein gewisser Prozentsatz nicht in Angriff genommen wird, so verbleibt uns wahrscheinlich doch die größere Hälfte, die genügende Arbeit bringen wird. Außerdem will die Stadt ein Siebenschau- und die Militärbehörde zwei Probantmagazine bauen. Ferner soll das Zuchthaus in Graudenz von der Stadt erworben werden, wofür der Fiskus 2½ Millionen Mark haben will. Kommt dieser Kauf zustande, woran kaum zu zweifeln ist, so soll auf städtischem Gelände außerhalb der Stadt ein neues Zuchthaus mit allem Komfort der Neuzeit erbaut werden. Von den Orten, wo Zahlstellen vom Zweigverein Graudenz bestehen, ist die Arbeitslosigkeit in Lautenburg gut. In Bischofswerde, Neuenburg, Culm, Culmssee und Schwet wird die Arbeitslosigkeit für die ansässigen Kollegen nicht vollständig aus. Die überschüssigen Kräfte finden jedoch in Graudenz ausreichend Beschäftigung. In Horn und Marienwerder gibt es keine Arbeitslosen. In beiden Orten hat sich die Konjunktur ausgezeichnet entwickelt. In Marienwerder kann die Bautätigkeit als anormal bezeichnet werden; denn es konnten doch in diesem Jahre nahezu 150 ausdauernde Kollegen in Marienwerder Arbeit finden. Es wird sonst immer von den Unternehmern gesagt, wo der Lohn hoch ist, lasse die Baukraft nach. Diese Phrase wird in Marienwerder grundlos als absurdum geführt. Denn hier beträgt der Stundenlohn 50 ¢ — in Westpreußen kommt nur Danzig mit 55 ¢ darüber — und trotzdem ist die Privatbautätigkeit sehr gut. Außerdem werden eine Schule, mehrere Wohnhöfe und ein großes Landgestüt gebaut. In Thorn waren 1908 nur 17 Bauten vorhanden, jetzt gibt es 37 Bauten mit 184 beschäftigten Kollegen. In Elbing, Herode, Strassburg und Gohletzhausen ist die Bautätigkeit mittelmäßig, und es ist wenig Hoffnung auf Besserung vorhanden. Dagegen ist in Dirsch, Eylau viel Arbeit vorhanden. Wenn auch der Wohnneubau fertiggestellt ist, so bieten die neuen Kasernen immer noch genügend Beschäftigung, bescheiden die private Bautätigkeit. Ueber die zukünftige Entwicklung des Baumarktes kann nichts Bestimmtes gesagt werden. Allenfalls, wo die Christlichen dominieren, weist eine sehr gute Bautätigkeit auf. In Sensburg, Rya und Goldap kann die Bautätigkeit als normal bezeichnet werden. Nicht aufriebenstellend ist sie in Rügen- und Rastenburg. In Rügen ist bereits mit dem Bau des „Mutterheims“ — einem Gebäude von 70 m Front — begonnen, ein schönes Stückchen Arbeit, auf das unse-

Kollegen schon lange erwartet haben. In Gydfführen, Billfallen und Stallupönen herrscht gute Arbeitslage. In Gydfführen wird ein Postgebäude gebaut, das 720 000 Mark kosten soll. Die gute Bautätigkeit ist hier dem regen Grenzverkehr zu verdanken. Auch in Gumbinnen und Insterburg kann nicht über schlechte Bautätigkeit geklagt werden. In letzterem Orte sorgte der Wohnungsbauverein für genügend Arbeit. Es wurde ein großer Häuserblock von sechs vierstöckigen Häusern gleichzeitig in Angriff genommen. In Gumbinnen ist es der Regierungsenbau, der vielen Kollegen Beschäftigung gibt. Nicht wenig sieht es in Tilsit mit der Bautätigkeit aus. Bis in den Juni hinein waren viele Kollegen arbeitslos. Jetzt geht es schon bedeutend besser, aber betriebliegend kann der Baumarkt gegenwärtig nicht genannt werden. Besonders aber nicht gar so schlimm, entwickelte sich die Bautätigkeit in Memel, wohngegen in Gedeirg seit dem frühesten Frühjahr eine gute Bautätigkeit vorhanden war, die auch heute noch anhält.

Es geht sich also in der Zusammenfassung des bisher Angeführten etwa folgendes Bild von der Bautätigkeit in den östlichen Provinzen: In 27 Orten, darunter die größten, herrscht gute Bautätigkeit; in 13 Orten ist sie fast gut zu nennen; in 10 Orten ist die Konjunktur als nicht betriebliegend befunden worden, und nur in 5 kleinen Orten muß die Arbeitslosigkeit als schlecht bezeichnet werden.

Vom Gau Stettin berichtet der Vorsitzende: Nachdem im Oktober 1908 der erste mehrtägige Frost die Bauherren zum Aufbruch der Arbeiten bestimmt hatte, beschränkte sich die ganze Bautätigkeit während des Winters auf die allernotwendigsten Arbeiten. Der anhaltende Winter bewirkte weiter, daß vor Ostern nur zögernd und während des April nur zaghaft mit der Arbeit begonnen wurde. Erst vom Mai an kann von einem vollen Entfalten der Bautätigkeit die Rede sein. Auf der Insel Rügen lebte der Neubau der Trajektverbindung Sagnitz-Trebborg das Bild. Am Hafen mußte die Mole verlängert werden; umfangreiche Neubauten wurden aufgeführt und die Beamtenwohnungen vollendet. Nach Fertigstellung dieser Arbeiten wird Sagnitz nur noch Badeort und Beamtenaufsiedlung sein. Vierzehn hatte noch an den Folgen des Baukraches zu tun, wogegen Gohren, Kellin, Lohme und andre kleinere Bäderorte eine kräftige Aufwärtsbewegung und flotte Bautätigkeit zeigten. Leider ist die Marktarbeit vorübergehend. In den Landgemeinden der Insel war sehr gute Arbeit, so daß trotz des großen Stammes ansässiger Maurer ein bedeutender Zugang in Arbeit gebracht werden konnte. Die Badesaison dürfte hier wenig ändern. In Stralsund wurde der herrschenden Wohnungsnot schon 1908 durch Neubau von Wohnhäusern gesteuert. Während der Wintermonate sind der Mitterung die Stunden abgewartet worden, um die Arbeit zu fördern. Leider sind die Wohnungen dieser Spekulationsbauten auf viel höhere Einkommen zugeschnitten, als sie Stralsunder Arbeiter haben. Der Anfang Juni begonnene Neubau der Provinzial-Irrenanstalt für die 28 Gebäude vorgehen sind, von denen noch zehn in diesem Jahre unter Dach sollen, bedingt den noch auswärtiger Arbeitskräfte. Statt solche aus der Provinz zu nehmen, holte der Vorsitzende der Unternehmer Zaliener ins Land. Im Kreise Franzburg beantragten die Pächter für 450 000 Mark, doch bewilligte die Domänenverwaltung nur 150 000. Die Arbeit bietet trotzdem den ansässigen Maurern volle Beschäftigung. Stellungen und Wirtschaftsgebäude sind es vorwiegend, die errichtet werden. Die Stadt Richtenberg leistete sich die Errichtung einer Gasanstalt. Im Kreise Grimmen wird ein Gut aufgeteilt, es sollen 22 Hofstellen gebildet werden. In der Stadt Grimmen werden neun Wohnhäuser errichtet, auch die Städte Rößig und Trebbes zeigen etwas Arbeit. Vorübergehend machte sich Materialmangel bemerkbar, hervorgerufen durch schlechte Verkehrsverbindungen. Auch im Kreise Greifswald mußte der Landbesitz bringen, was in den Städten fehlte. Greifswald und Guckow haben eine mittlere Beschäftigung, während Wolgast durch den Neubau einer höheren Mädchenschule etwas mehr Arbeit aufweist. Die ansässigen Maurer konnten Beschäftigung finden. In den Kreisen Anklam und Demmin kann auch nicht von schlechter Arbeitslage gesprochen werden. Im Treptower Bezirk brachte die Errichtung eines neuen Herrenstiftes gute Beschäftigung, und auch sonst besetzten sich die Verhältnisse, besonders in Demmin, gegen Ende Mai. Wenn dennoch eine große Zahl Maurer abwandern mußte, so trägt hieran die Lehrlingsjücherei der letzten Jahre die Schuld. Bei der „Ausbildung“ laten sich besonders die Unternehmer aus Anklam, Jarmen, Demmin hervor. Eine schwere Zeit haben die Kollegen der Insel Usedom und Wollin. In den Bädern ist die Bautätigkeit nicht genügend zurückgegangen, und da der Landbesitz nicht genügend Arbeit bietet, so ist die Arbeitslosigkeit ständig. Hieran ändert die Kanalfaktion der Stadt Swinemünde ebensowenig etwas, wie der Bahnbau in Peringdorf-Pinnowitz. Zu der Kanalfaktion holt man Polen ins Land, und die umfangreichen Brückenbauten und Durchlässe an der Bahnstrecke sowie bei den Fortifikationsarbeiten am Westfort werden in Beton ausgeführt. Der Maurer wird durch den schlechter bezahlten Betonarbeiter ersetzt. Ein großer Teil der Maurer hat auswärtige Arbeit genommen und andre ergriffen einen andern Beruf, gingen zur Fischerrei, zur Landwirtschaf, zum Zuckerverkehr oder wurden Wadenräter. Umfangreiche Erdarbeiten bei der Befestigung und zur Gewinnung eines Terrains für den geplanten Kasernenbau brachten den Gifsbauern reiche Beschäftigung. Der Bahnhofsneubau in Swinemünde liegt noch in weiter Ferne, und von dem Kirchenbau in Ostrowe haben nur die billiger arbeitenden inorganisierten Maurer etwas. Die medienbunigen Bezirke Friedland, Wolbeitz, Neubrandenburg und Stargard hatten ausreichende Beschäftigung und konnten sogar noch einigen Zugang von Arbeitskräften aufnehmen. Sehr gute Arbeit hatte der Kreis Prenzlau. Hier machte uns Strasburg i. d. U. eine Ausnahme, sonst konnte der Kreis außer den Ansässigen noch den zahlreichen zuziehenden Arbeitkräften volle Beschäftigung bieten. Im Kreise Wetzlar wurde die Stadt Hefemünde durch öffentliche Bauten, wie Amtsgericht, Kaufhaus, Schule, und Pafewalk durch Neubau

von Wohnhäusern das Bild lebhafter Beschäftigung. Nachgelassen hat die Arbeit in dem durch die Eisenindustrie aufblühenden Torgelow. Im Kreise Randow war die Beschäftigung besser als 1908, zeitweise war im Bezirk Garb a. d. O. Mangel an Arbeitskräften. Hier ist die größere Zahl der Neubauten durch die sich Ende 1908 und Anfang 1909 in unheimlicher Weise häufenden Brände hervorgerufen. Die Versicherungskassen haben sich gezwungen, in einem Aufsatze Belohnungen für Ermittlung etwaiger Brandstifter auszugeben und nannten rund 19 Ortschaften, die durch Brände heimlich waren. Der Kreis Greifenhagen brauchte noch den Zugang aus andern Kreisen, um die vorhandene Arbeit bewältigen zu können. Auch für Stettin brachte das Jahr 1909 eine wesentliche Besserung. Hinsichtlich der Festbauarbeiten standen seit Mai rund 800 Kollegen in Arbeit. Im Etatsjahre 1908/09 wurden 986 Baugenehmigungen erteilt, und zwar für Wohnhäuser 28, für sonstige größere Bauten und Fabriken 84, für größere Umbauten 8, für Ausbauge und kleinere Umbauten 24 und für sonstige kleine Bautätigkeiten 897. Vom 1. April 1909 bis zum 1. Juli 1909 27 Baugenehmigungen erteilt worden, davon in der Stadt 212, in den Vororten 59. Die Genehmigungen galten für 13 Wohnhäuser, 8 sonstige größere Bauten und Fabriken, 4 größere Umbauten, 9 Ausbauge und kleinere Umbauten und 237 sonstige kleine Bautätigkeiten. Die Stadt hatte in dem Etat für 1908/09 für laufende Unterhaltung der Gebäude M 119 409,75, für besondere Ergänzungen und Ausbesserungen M 118 448,22 und für Neubauten M 3 455 300. In dem Etat für 1909/10 sind eingestellt: für laufende Unterhaltung der Gebäude M 171 802, für besondere Ergänzungen M 89 922,50 und für Neubauten M 4 820 656,16. Trotz allem mußte eine größere Zahl tüchtiger älterer Kollegen in den Landbezirken Hinterpommerns Unterkommen suchen. In Stettin war für sie kein Platz. Die Privatbautätigkeit läßt immer noch keine Hoffnung auf Besserung aufkommen. Für Mittelwohnungen sind zwar in den letzten Wochen die Mieten gestiegen, doch dürfte das Angebot von Arbeiterwohnungen bald wieder die Nachfrage übersteigen. Die Werften haben umfangreiche Entlassungen vorgenommen. Die Stadt hat 1908 umfangreiche Gelände in ihren Besitz gebracht und hierin rund 10 Millionen festgelegt, um der Grundstückspekulation entgegenzuwirken. Neuerdings ist jedoch an Privatgesellschaften Baugelände billig abgegeben worden. Demnach scheint es, als ob die Stadt das Risiko für die in Stettin herrschende Finanznot trägt. Auf dem abgetretenen Gelände sollen Ein- und Zweifamilienhäuser errichtet werden. Im Kreise Pory sind außer den Arbeiten in der Stadt umfangreiche Arbeiten auf dem Lande vorgenommen worden. Bezeichnend ist hier, daß sich die Bauern mehr an die kleinen Unternehmern halten und die großen Geschäfte meist mit den Inhabern großer Güter abschließen. Im Kreise Saargard hat vor allem Stargard i. P. und näher Umgegend eine lebhaftere Bautätigkeit. Außer der Errichtung von Wohnhäusern und der Vollendung von Beamtenhäusern nehmen die Errichtung einer neuen Kirche, die Erbauung eines Krankenhauses und einer höheren Mädchenschule viele Arbeitskräfte in Anspruch. Etwa 15 km von Stargard wird ein großes Gut in Restgut und 35 Hofstellen zerlegt, auf denen in diesem Jahre 16 Gehöfte errichtet werden. Die Städte Greifenwalde, Nörenberg, Jatzobshagen, Jachau zeigen in ihrer Umgebung gute Arbeit. Im Kreise Raigard hatten Gollnow und Maffow flotte Arbeit, während in Raugard und Daber weniger zu tun war; doch in allen vier Städten wurde durch die flotte Landarbeit Zugang auswärtiger Arbeitskräfte nötig. In Regenwalde nahm die Errichtung des Angerichts, der Schule und einiger Willen die ansässigen Kräfte schon allein in Anspruch. Durch den Bahnbau der Strecke Regenwalde-Plathe-Gülzow-Wietlow wurden dann noch die in Plathe und Umgegend ansässigen Kräfte weggenommen, so daß, da auch in und um Labes und Wangeritz gute Arbeit war, außer dem gewöhnlichen Zugang aus der Neumark in diesem Jahre noch besondere Kräfte herangezogen werden mußten. Der Kreis Greifenhagen hat, wie in den letzten Jahren, noch fremde Kräfte nehmen können. In Greifenhagen erhält die Kirche neue Gewölbe und bei Treptow a. d. N. sollen nach der Ernte auf einem ausgeteilenen Gute 18 Hofstellen neu gebaut werden, so daß hier eine anhaltend gute Arbeitslage in Aussicht steht. Im Kreise Gammeln belebte außer der Erbauung des Gymnasiums in Cammin, wobei Stettiner beschäftigt werden, auch der Lehnhofbau in Witttow, der von Swinemünder Maurern ausgeführt wird, das gewöhnliche Bild. Die in Gölzow geplante Erbauung eines Schulhauses nebst vier Lehrerwohnungen ist noch zurückgestellt, obwohl das alte Fachwerk-Schulhaus zum Erbarmen aussehete. Im Kreise Belgard ist, wie immer, die Beschäftigung gut. Belgard verschönt sich durch gelegentliche Brände, und Polzrin hat durch Errichtung eines neuen großartig angelegten Kurhauses für gute Arbeitslage gesorgt. Im Kreise Dramberg war es in den Städten Dramberg und Falkenburg ziemlich lebhaft, während die Arbeit um Calles vorwiegend auf dem platten Lande lag; auch im Kreise Schwibbelin war die Hauptarbeit im Landbezirk. Dasselbe Bild zeigt der Kreis Neustettin, wo zwar in Neustettin eine landwirtschaftliche Winterchale erbaut und einige Wohnhäuser sind, sonst mußten sich jedoch die Maurer aus Neustettin ebenso wie die aus den Städten Tempelburg und Rakebuh in Landbezirk ihrer Arbeit nachgehen. Die Stadt Wärowalde hat nur wenig ansässige Maurer, die vorhandene Arbeit reichen die rührigen Neustettiner Unternehmer an sich. In Schwane gefaltete die Errichtung von zwei modernen Warenhäusern die Arbeit etwas besser, in Rügenwalde und Polznow war die Beschäftigung leidlich betriebliegend. In den Kreisen Nummersburg und Wubitz ließ die Arbeit nach den letzten Anspannungen etwas nach; doch bietet sich auch noch billiger Beschäftigung. Samerkestein hat für seine Maurer auswärts in reichem Maße Arbeit. Die Stadt Gollin zeigt das enig gleichmäßige Bild. Hier, wie auch im Kreise Gollberg-Gollin, muß der Landbesitz ersetzen, was in den Städten fehlt. Colberg hat trotz der Kanalfaktion und dem Neubau von Unteroffizierwohnungen und Lazarett wegen des Daniederbleibens der Privatbautätigkeit Ueberfluß von Arbeitskräften.

Von den Bezirken der Neumark leidet die Stadt Berlin-agen unter den Nachwehen eines Baukraches, während Arnswalde, Woldenberg, Rippesne, Pönnigsberg, Reetz und Ruedell aber gute Beschäftigung zeigen; aber weit hier die großen Dörfer meist voll Bauhandwerker sind, können diese Orte selbst bei flotter Bautätigkeit Arbeitskräfte abgeben. Selbst bei weisungen können zwar nicht mit Zahlen belegt werden, weil nicht nur in den kleinen Städten, sondern sogar in Stettin jede Statistik fehlt und die Verhältnisse in den Auskünften bereit waren; aber das ändert doch nichts an der Mangelhaftigkeit der hier gegebenen Gesamtbilder. Es stellt sich uns im allgemeinen günstig dar, doch darf man dabei nicht vergessen, daß diese günstige Lage des Arbeitsmarktes erst seit Anfang Mai besteht, und da naturgemäß der Bauer bis zur Ernte die Hufe rein haben will, auch viele Bauhandwerker wegen ihrer Wohnungen zur Erntearbeit verpflichtet sind, so kann sich im zweiten Halbjahre das Bild gewaltig ändern. In ein plötzliches Aufblühen ist zwar nicht zu denken, da in der Landwirtschaft umfangreiche Erntebauten und Neubauten nötig sind. Die Aufstellung von Gütern, maschinelle Verbesserungen in den Stärkefabriken, Brennecken, Zuckerraffinerien, die Errichtung von Schmelzöfen und Leinwandfabriken. In den Städten werden landwirtschaftliche Winterställen errichtet, und selbst der arme Kreis leistet sich ein neues Kreisratsgebäude, nimmt an dem vorhandenen umfangreichen Umbau und Umbauten vor. Zuerstige werden neugebaut bzw. vergrößert. Die Domänenverwaltung hat in diesem Jahre bei den geforderten Neu- und Umbauten bedeutende Abstriche gemacht, auf die Dauer wird sie aber hiermit nicht auskommen, sondern wird Mittel zum Bauen begeben müssen. Auch in den Städten ist und bleibt, abgesehen von einigen Anläufen, die Arbeit schleppend, obwohl sowohl bei der Wasserreinigung wie bei der Entwässerung noch sehr viel zu tun ist. Sonstige gemeinnützige Einrichtungen fehlen, Vordagelegenheiten fehlen für die Arbeiterklasse sowohl in den Städten, wie auf dem Lande. Wo solche Einrichtungen bestehen, ist - Stettin nicht ausgenommen - der Preis für die Benutzung zu hoch. So ist also auch für die städtische Bautätigkeit noch genug Platz zur Entfaltung vorhanden.

Ueber die Bautätigkeit in der Provinz Posen berichtet der Vorstand des Gaues Berlin, daß sie nur in Grünberg, Kolmar und Schneidemühl so gut ist, daß fremde Arbeitskräfte herangezogen werden mußten. Alle übrigen Bezirke blieben dahinter zurück. In Wonschowitz und Pilschne sind gar keine Bauten vorhanden. In Posen selbst hat sich die schon im vorigen Jahre flauere Bautätigkeit nicht gebessert; neben dem Theaterneubau und dem Bahnhofsneubau sind etwa ein Dutzend Privatbauten vorhanden. Die Städte Breschen, Schwerin, Meferich und Czarnikau haben wohl bessere Arbeitslage als früher, doch reicht sie nicht aus, um die überschüssigen Arbeitskräfte der Nachbarbezirke ganz aufnehmen zu können.

Von Schlesien und dem südlichen Teile Posens berichtet der Vorstand des Gaues Breslau: Schlesien stellt bekanntlich einen großen Teil des Bedarfes an Maurern für das gesamte Reich. Es gibt hier Kreise, wo alljährlich viele Tausende von Maurern hinausfluten, hauptsächlich nach dem industriereichen Westen und dem im Lohn etwas besser gestellten Norden des Reiches. Wenn es in diesem Frühjahr mit dem Ausfliegen nicht so schlimm war, wie die vorhergegangenen Jahre, so liegt das eines teils daran, daß sich im letzten Jahre der Krise ein großer Teil der Wanderer die Fügel verjagt hat, indem er sein ohnehin knappes Geld nutzlos auf der Eisenbahn verfuhr und Arbeit doch nicht erhalten konnte; zum andern Teil an der besseren Arbeitslage in der Heimat, wenigstens ist das in dem Teil von Schlesien und Posen der Fall, der zum Gau Breslau gehört, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Zu den Ausnahmen gehört vor allem Breslau, wo sich das Geschäft durchaus nicht haben will, obwohl die Zahl der leerstehenden Wohnungen abnimmt. Von 2800 Maurern, die in den früheren Jahren durchschnittlich in Breslau beschäftigt waren, haben erst circa 1600 Platz gefunden; eine kleine Besserung macht sich in letzter Zeit bemerkbar. Auch in dem benachbarten OHLau liegt das Baugeschäft daneben, ebenso in den Kreisen Grottkau, Grottkau, Falkenberg, Woblaw, Gr.-Wartenberg und Gubrau. Gut, zum Teil außerordentlich gut, ist die Arbeitslage im Industriegebiet Waldenburg und seiner weiteren Umgebung, in Striegau, Oppeln, Brieg, Oels, Trebnitz, Steinau, im ostsächsischen Teil des Gaues, in den Kreisen Protoschin, Koschmin, Ostrowo und Bissa. In allen übrigen Teilen des Gaues ist der Beschäftigungsgrad mittelmäßig, so daß Kollegen wegen Arbeitsmangels nur in geringer Zahl arbeitslos sein dürften.

Vom Gau Oberschlesien wird berichtet: Ueber die Bautätigkeit im ersten Halbjahre 1909 ist festzustellen, daß auf dem platten Lande in den Städten und Landkreisen Cosel, G.-Strehlitz, Neobischitz, Lublitz, Neustadt, Ratibor und Tarnowitz eine ziemlich lebhaft Konjunktur herrscht, die gleich im Frühjahr begann und mit Ausnahme des Stadtkreises Neustadt bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung andauerte. Eine ganz besondere gute Bautätigkeit ist diesmal in der Stadt Ratibor und den angrenzenden Ortschaften vorhanden, im Monat Mai waren da bereits 20 Neubauten in Angriff genommen; ferner hat sich eine noch nie dagewesene Konjunktur in dem neuen Kohlenrevier Pleß-Rhbnitz bemerkbar gemacht. Besonders in den Orten Wilulau, Czernitz, Gwalowitz, Radoschau und Rybultau sind neue Kolonien („Arbeiterwohnstätten-Einrichtungen“) entstanden. In diesen Orten ist auch die Privatbautätigkeit recht lebhaft, so daß in diesem Bezirk annähernd 1500 Maurer arbeiten dürften. Weniger betriebliegend ist der Arbeitsmarkt im eigentlichen Industriebezirk. Wenn auch eine weitere Verschlechterung gegen 1908 nicht eingetreten ist, so kann doch von einer guten Konjunktur keine Rede sein. Nach einer Ende Juni aufgenommenen Statistik sind auf 400 Arbeitsplätzen 4281 Maurer gezählt worden, gegen 1908 wohl eine bedeutende Besserung, aber gegen 1905/06 ein Minus von 2000 Maurern. Die Privatbautätigkeit liegt hier vor

allen in den Städten Deutchen, Gleimitz, Katto-
witz, Königschütte, Myslowitz und Zabrze,
trotz der großen Wohnungsnot, noch vollständig danieder.
Von Gau Górlitz, der den Negierungsbeirat Sieg-
niz und das städtische Saabzen (Wahnen, Rôbau, Bittau)
umfaßt, wird berichtet: Der dieses Jahr bis Ende März
anhaltende strenge Winter hatte die Entwicklung der Bau-
tätigkeit ungewöhnlich lange hinausgeschoben. Aber mit
Eintritt der milden Witterung begann sie recht rege zu
werden. Im allgemeinen steht fest, daß sich die Konjunktur
im ersten Halbjahr gegen das vorige Jahr wesentlich
gehoben hat. Eine Ausnahme macht, wie seit Jahren
schon, wiederum die Stadt Górlitz. Anfänglich schien es
hier recht gut werden zu wollen, es war einige Nachfrage
nach Mauerwerk. Dieser Zustand erhielt sich aber nur bis
Pfingsten, von da an ist es noch schlechter geworden als
im vorigen Jahre. In den Orten Bunzlau, Grün-
berg, Neusalz, Sprottau, Glogau sowie im
ganzen Vertragsgebiet Bittau, mit Ausnahme von
Dietitz, wo flott gebaut wird, ist die Bautätigkeit
mittelmäßig. Gut ist sie dagegen in den Orten
Wahnen, Vollenhain und Umgegend, Girschberg,
Schreiberhau, Gahnau, Zauer, Diegnitz,
Landeshüt, Löwenberg, Rôbau, Muskau,
Weißwasser, Friedebau und Umgegend, Sagan,
Schmiedberg, Bernsdorf und Umgegend,
Niesitz sowie im Vertragsgebiet Neugersdorf
und in den Lohngemeinden Herrnhut, Wernsdorf,
Oberfriedersdorf und Freital. Die Neu-
bauten sind hauptsächlich Wohnhäuser sowie Schulen,
Kirchen, Fabriken und landwirtschaftlichen dienende
Gebäude.

Die moralische Beurteilung des Streikbrechers.

II.

Die zweite Gruppe der Streikbrecher, wohl an Zahl
die größte, wird von Arbeitern gebildet, die sich infolge
von Unwissenheit und Gleichgültigkeit berleiten lassen, ihren
von einer besseren Lebensstellung kämpfenden Kollegen in
den Rücken zu fallen. Wenn sie auch von rein wirtschaftlichen
Standpunkten aus als für die Arbeiterbewegung
wegen ihrer großen Anzahl äußerst schädlich bezeichnet
werden müssen, so unterliegen sie doch vom moralischen
Standpunkte aus einer ganz andern Beurteilung als die
der ersten Gruppe. Während die erste Gruppe bei den
organisierten Arbeitern Abscheu und Empörung erregt,
weckt die zweite Gruppe das Gefühl des Mitleids. Und
in der Tat ist es ein traurig stimmendes, Mitleid erregen-
der Anblick, einen Trupp Streikbrecher zu beobachten, die
unter falschen Vorpiegelungen aus ihrer hinterwäldchen
Heimat hergeholt worden und nun unter polizeilicher Be-
deckung wie eine Herde Gefangener an die Arbeitsstätte
geführt werden. Wenn ihre Unwissenheit in wirtschaftlichen
Dingen auch nicht ganz unverschuldet ist, so hat sie doch
zum größten Teil ihre Wurzel in der oftmals noch recht
vorhinfutlichen Zuständen ihrer Heimat. Vielleicht ist
noch niemals ein Aufbruch von dem Wehen des modernen
Geistes an ihr Ohr gedrungen, vielleicht ist ihnen das
grausige Elend des modernen Proletariats, dessen dumpfen
Druck sie seit langem gespürt haben, noch niemals zum
klaren Bewußtsein gekommen.

Von diesem Gesichtspunkte aus wird ein denkender
Arbeiter diese Streikbrecherkategorie behandeln: er wird
sie nicht hassen, sondern bedauern, er wird
sie nicht beleidigen, sondern belehren. Daß
dies eine Wahrheit ist, hat ein Beobachter dieser Verhält-
nisse sehr häufig zu bemerkten Gelegenheiten; wie rührend ist
es nicht, wenn ein Arbeiter sich mit arbeitswilligen Kollegen
abmißt, um ihnen die Anfangsgründe der heutigen Volks-
wirtschaft, gewissermaßen das ABC des modernen Sozialis-
mus, beizubringen. Nicht in kunstvoll verflochtenen
Sätzen und gelehrten Phrasen, sondern in schlichten, wenn
auch etwas harten Worten, erzählt er ihnen von der Not des
Arbeiterstandes und deren Ursachen, von dem klaffenden
Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, von der Aus-
beutungsgier des Unternehmertums und der Rechtlosigkeit
des Proletariats; er zeigt ihnen auch den Rettungsweg
aus dieser geistigen und körperlichen Knechtschaft, der aber
nur gegangen werden kann, wenn die Arbeiter sich be-
einigen und Mann an Mann zusammenfinden. Und dann
spricht er von dem Solidaritätsgefühl, das die zielbewußte
Arbeiterklasse durchglüht, und von den Opfern, die ein
denkender Proletarier aus sozialem Pflichtgefühl gern und
freudig bringt und die sogar die Bemühung der Gegner
hervorrufen. Diese Worte kommen vom Herzen und gehen
zu Herzen und verfehlen ihren Zweck nie, wenn der
sofortige Erfolg manchmal auch noch auf sich warten läßt.
Bei solchen Gesprächen, die kein Gesetz in der ganzen
Welt verbieten und keine Polizeikontrolle verhindern kann,
dämmert in manchem Streikbrecher zum ersten Male das
Büß der Erkenntnis auf; ein Funke des Solidaritäts-
gefühls zündet in seinem Herzen und es regt sich ein
geheimes Sehnen nach größerem Wissen und festerem Zu-
sammenschluß. Recht ist der Boden gelodert für die plan-
mäßige Aufklärungsarbeit und wie lange wird es dauern,
so ist manch einer, den man unter falschen Vorpiegelungen
ins Land gelockt hat, ein mitkämpfender, mitkämpfender
Kollege geworden. Ist es nicht eine Tatsache, daß das

Unternehmertum sich seine eignen Kotengräber großzieht,
indem diejenigen Arbeiter, die sich aus Unwissenheit und
Gleichgültigkeit zum Streikbruch verführen lassen, hinter-
her manchmal die bravsten Kämpfer für die Interessen des
Proletariats werden? Gibt es nicht unter den besten der
kämpfenden Arbeiterscharen Leute, die früher Streikbrecher
gewesen sind? Die Morallehre kennt nur einen
Weg, böse Taten zu sühnen, nämlich den,
sich durch nachfolgende, gute Taten zu ver-
beden, und dieser Weg wird von Hunderten von Streik-
brechern eingeschlagen, indem sie um so eifriger, sind im
Kampfe für die gute Sache, je schwerer sie dieselbe, früher
geschädigt haben. Es bleibt also dabei: unwiderstehliche
Aufklärungsarbeit, Agitation und Organisation, sind die
Waffen, mit denen wir das auf dem „Unverständnis der
Massen“ beruhende Streikbrechertum bis auf die Wurzel
ausrotten können.

Als dritte Gruppe haben wir diejenigen Streikbrecher
zu behandeln, die aus mißverstandenen Freiheitsgefühl
und falschem Stolz die Sache ihrer Kollegen verraten.
Wenn auch an Zahl gering, so spielen diese Leute doch
in der Phantasie des Unternehmertums eine Hauptrolle.
Sie sind die Helden des Dramas, das sich zwischen Kapital

Standes. Es klingt allerdings wunder wie großartig, wenn
ein Mensch erklärt, er habe andre Menschen nicht nötig
und kimmere sich deshalb um deren Bestrebungen nicht.
Möge jeder für sich sorgen und ihn ungehorsam lassen.
Es ist ein schöner Mut, der den Menschen in gewissen
Augenblicken ergreift und ihn in den Wahn versetzt, er
könne allein, aus eigener Kraft, auf eigene Faust sein
Schicksal meistern und sich selbst das Glück und die Freiheit
erkämpfen. Und doch wie ernüchternd ist der Schadenjammer,
wenn man nach verflorenem Kampf einsehen muß, daß
der einzelne Mensch und sei er mächtig wie Karl Moor,
der „eine Armee in seiner Faust fühlte“, machtlos ist
gegenüber dem Druck der Verhältnisse! Gar mancher Ar-
beiter, der im Vollgefühl seiner überfüllenden Jugend-
kraft verächtlich auf die Organisation herabstah, hat zu
seinem Schanden und oftmals zu spät erfahren müssen daß
er doch nur ein Spielball gewesen ist in der Hand seines
wirtschaftlich Stärkeren. Dann ist es auch mit dem
„Kraftmeiertum“ zu Ende, das den Mund so voll nintmt
und sich selbst mit hochtönenden Phrasen belügt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Abwägung der neuen Steuern. — Geplante Erhöhung
des Bierpreises. — Verteuerung der Haushaltskosten. —
Besserung der Ertragsaussichten.

Das Interesse der weitesten Kreise konzentriert sich
gegenwärtig auf die Durchführung der neuen Steuern,
die zum Teil schon im kommenden Monat in Kraft treten.
Die Abwägung auf die Konsumenten wird bei
Kaffee, Tee, Bier, Zigarren, Zündhölzern und Glüh-
körpern vom Detailhandel unter Beihilfe der heimischen
Produzenten, soweit solche in Frage kommen, fleißig vor-
bereitet. Und auch die Berichte der Vorbereitung wird
noch benötigt, um die Kaufkraft des Publikums besonders
stark anzuregen, in einer Zeit, wo die Geschäftswelt über
arge Sommerhitze klagt. Man soll sich als kluger Kon-
sument ein ganzes Lager von Zigarren, Zündhölzern,
Glühkörpern, Kaffee und Tee hinlegen. Freilich, diese
Vorschläge sind schneller gemacht als ausgeführt. Gerade
in der Arbeiterbevölkerung dürfte bares Geld zur An-
schaffung solcher Vorräte recht knapp sein. Auf Kredit
bekommt aber nur der begüterte Teil der Konsumenten
Vorräte ins Haus geliefert.

Wie es nicht anders zu erwarten war, sucht ein Teil
Geschäftsleute aus der Steuererhöhung insofern möglich
einen Nutzen zu ziehen, als sie die Abwägungssumme auf
den Konsum etwas höher bemessen, als sie tatsächlich aus-
macht. Ein musterhaftes Beispiel, wie es nicht gemacht
werden soll, bieten die Vertreter der Brauereien und Gast-
wirte. Sie haben in einer Versammlung in Berlin
Preiserhöhungen für das Bier vorgeschlagen,
deren Durchführung zur Folge hätte, daß ein Vielfaches
der Steuerbelastung dem Konsum aufgebürdet würde. Es
sollte eine großzügige Preispolitik durchgeführt und ein
einheitlicher deutscher Biermarkt geschaffen werden. Es
soll nicht bestritten werden, daß die finanzielle Lage des
Brauereiwirtschaftsgebietes sich in den letzten Jahren
weniger befriedigend, zum Teil sogar unbefriedigend ver-
ändert hat. Nur sollte auch hier nicht übertrieben werden.
Wenn z. B. auf die fast gestiegenen Löhne hingewiesen
wird, über deren Höhe man in Kreisen der Brauerei-
arbeiter ganz anders denkt als bei den Arbeitgebern, so
soll doch auch nicht übersehen werden, daß infolge der
technischen Entwicklung des gesamten Betriebes in den
Brauereien während der letzten Jahre die Ertragsansatz
an menschlicher Arbeitskraft ganz erheblich zugenommen hat.
Auf eine Einheit fertiges Produkt kommt heute merklich
weniger menschliche Arbeitskraft als vor einigen Jahren.
Das dürfte wohl auch von den Arbeitgebern kaum bestritten
werden. Dabei kann natürlich die absolute Zahl der Ar-
beiter noch zunehmen, vor allem kann der Lohn für die
einzelnen Arbeiter steigen. Aber nichtsdestoweniger muß
zugegeben werden, daß die Lage des Brauereiwirtschafts
weniger rentabel ist, als sie vor ein paar Jahren noch war.
Wenn Brauereien und Wirte die Steuer und noch einen
guten Prozentsatz darüber, der sich in mäßigen Grenzen
bewegt, auf den Konsum abzuwälzen versucht hätten, so
wäre vom Standpunkte einer Preispolitik, wie sie
heute nun einmal gang und gäbe ist, wenig dagegen zu
sagen und zu machen gewesen. Wenn aber die Brauereien
und Gastwirte glaubt haben, durch ihre Preiserhöhungen
ein Vielfaches der Steuerbelastung aus dem Konsum
herauszuholen zu können, dann haben sie eben die Rechnung
ohne den Wirt gemacht. Zunächst kam es zu keiner Einig-
keit zwischen den Brauereien, zu keiner Einigkeit unter
den Gastwirten und weiter zu scharfen Protesten aus den
Kreisen der Konsumenten. Man wird annehmen dürfen,
daß es nicht bloß bei mündigen Protesten bleibt, sondern
daß gegen unmaßige Erhöhungen des Bierpreises die Kon-
sumenten mit einer scharfen Stimme der Nachfrage nach
Bier reagieren werden. Ist es doch borgekommen, daß
zum Beispiel in Essen, wo der Preis für Lagerbier vor
kurzem noch 80 s pro Liter betrug, die Verdoppelung
dieses Satzes in Aussicht genommen wurde. Dabei mag
die Steuerbelastung pro Liter noch lange nicht 2 s aus-
machen. Da der Bierkonsum im Volkshaus eine ganz wesentliche
Rolle spielt, so ist die Höhe des Bierpreises eine nicht
ganz unbedeutende Frage. Das deutsche Volk gibt für sein
Bier mehr als zwei Milliarden Mark aus oder circa 6 bis
7 p. h. seiner gesamten Ausgaben. Jeder Preisrückgang um
den das Bier vier bis fünf wertver, ergibt eine Mehrausgabe
von rund 70 Millionen Mark. Beträgt der Aufschlag 5 s,
so kommt das einer Mehrausgabe von nicht weniger als
350 Millionen Mark gleich. Bei einem 10 s Aufschlag sind es
schon 700 Millionen Mark. Bei einem solchen Gewicht des
Konsums muß man auch die Preispolitik so einrichten, daß
sie in den Grenzen eines erträglichen Maßes bleibt. Das
hat die Vertreterversammlung der Interessenten in Berlin
nicht getan und deswegen kann nicht entschieden genug
gegen diese Preispolitik Widerspruch erhoben werden.

Die Schnapsjunker

sind die eigentlichen Väter der neuen Ausplünderung
des Volkes, sie sind auch ihre Nutznießer.
Der Kampf gegen die Steuererhöhung ist vorerst,
der Kampf gegen die Steuern muß beginnen.
Die Junker bieten uns die beste Angriffsfläche,

den Schnaps.

Er ist mit 80 000 000 Mark neuen Steuern
belastet, daneben fallen den junkerlichen Schnaps-
brennern noch 45 000 000 Mark als sogenannte
Liebesgabe in den Raubschnabel. Diese Summen
kommen aus den Taschen der Schnapskonsumenten,
das sind größtenteils leider die Arbeiter. Sie
können jetzt den übermächtigen Junkern und der
ihnen untertänigen Regierung einen schmerzenden
Stich versetzen, indem sie

keinen Schnaps trinken.

Kollegen! Hunderttausend und mehr von Euch
trinken tagtäglich Schnaps. Stellt das jetzt ein-
zertrümmert Eure Schnapsflaschen. Wir wollen
Euch nicht überreden, Abstinente zu werden,
aber wir fordern Euch auf zu einem stillen und
doch wirksamen Kampfe gegen die Schöpfer und
Nutznießer der neuesten Belastung des wert-
tätigen Volkes. Mögen sich die Gelben, die
Streikbrecher, möge sich alles Lumpengefindel
toll und voll lassen, sie sind die rechten Stützen
der heutigen Machthaber; die denkenden und
kämpfenden Arbeiter haben jetzt die Pflicht,

keinen Schnaps zu trinken!

und Arbeit abspielt, sie heugen sich nicht dem „Terroris-
mus der Organisationen“, sondern gefallen sich in der
Rolle eines Kraftmeiers, der eine Armee in seiner Faust
spürt und mit Wilhelm Tell spricht: „Der Starke ist am
mächtigsten allein!“ Hoherhobenen Hauptes durchschreiten
sie die „Gammelerbe“ ihrer Kollegen, die sich „von den
Hülfern in den Streif hineinsetzen lassen“, und nehmen
als „souveräne Individuen“ von niemanden Befehle an.
„Erst komme ich, dann komme ich nochmal und dann
kommt ihr andern noch lange nicht!“ lautet ihr Wahl-
spruch; sie erkennen „das Lilienlicht der Pflicht“ nicht an
und werfen mit Freiheitsphrasen um sich, daß es einem
grün oder gelb vor den Augen wird. Das Bourgeois-
publikum läßt ihnen Weisfall und schwärmt für die Gelben,
die ihre Freiheit und Menschwürde nicht um ein Dingen-
gericht verkaufen — ein vernünftiger Mensch aber, der das
Getriebe des Wirtschaftslebens kennt, schüttelt den Kopf
und denkt: „Kinder, was seid ihr auf einem bösen Holz-
weg!“

Wie liegt denn in Wirklichkeit die Sache? Der isolierte
Arbeiter ist von dem Kapitalbesitzenden Arbeitgeber durch-
aus abhängig; unter wenig günstigen Bedingungen verkauft
er diesem seine Arbeitskraft und damit in gewissem Sinne
sich und seine Person. Der Individualismus wirkt gerade-
zu antiindividualistisch, indem er es veräußert, die einzelnen
Individualitäten einzugliedern und zu organisieren. Die
Gewerkschaft erzieht ihre Leute moralisch und nimmt sie in
energievolle Fucht; das Gefühl der Solidarität und Kamerad-
schaftlichkeit untereinander mit der Devise: „Einer für
alle und alle für einen!“ wirkt beim Egoismus kräftig
entgegen und mit dem Bewußtsein der Rechte erwaßt
auch der Gedanke an die Pflichten und an die Ehre des

Das Anfrakttreten der neuen Steuern fällt zudem in eine wirtschaftliche Periode, die nicht nur die Abwägung auf den Konsum sehr kritisch gestaltet, sondern in der auch die sich kaum erst erholende Kaufkraft der Bevölkerung von neuem geschwächt wird. Man darf nicht übersehen, daß in den letzten Monaten der Nahrungsmittel- aufwand sich infolge des jetzt nachwirkenden Einflusses der hohen Getreidepreise merklich erhöht hat. Gegen Januar betrug die Verteuerung im Juni schon 33 pZt. Würden Arbeitsgelegenheit und Lohnsatz in reichem Maße begriffen sein, so würden solche Verteuerungen wenigstens zu keinen ernstlichen Bedenken Anlaß geben. Aber im laufenden Jahre und namentlich in den Sommermonaten ist die Erholung des Beschäftigungsgrades noch keineswegs so kräftig, um hohe Warenpreise spielend überwinden zu können. Im August kommen nun noch die ersten Aufschläge aus der Reichsfinanzreform zu den bisherigen Erhöhungen hinzu. Das ist für ein Jahr der Erholung eine Kraftprobe, von der man nicht nur vornherein sagen kann, wie sie endet, ob die gewerbliche Erholung sich im Herbst als stark genug erweisen wird, Arbeitslosigkeit und Verdienst so zu heben, daß der Konsum im allgemeinen seinen bisherigen Umfang behalten und noch ausdehnen kann, oder ob das Mißverhältnis zwischen Warenpreisen und Kaufkraft zu einer nochmaligen Erschlaffung des wirtschaftlichen Organismus führen wird.

Erfreulicherweise gestalten sich die Ernteaussichten besser, als man angenommen hatte. In den Getreidebörsen hat freilich noch immer die Partei der Haussiers die Führung, und erst in den allerletzten Tagen melden die amerikanischen Getreidebörsen einen merklichen Umschwung, von dem nur zu wünschen ist, daß er sich nachhaltig auf dem gesamten Getreidemarkt fortsetzen möchte. Wie sich in Deutschland die Beurteilung der Ernten verbessert hat, das ist aus einer Gegenüberstellung der Erntestandsarten aus den letzten Monaten deutlich zu erkennen. Dabei ist zu bemerken, daß die Note 1 den Stand der Ernten als sehr gut, 2 als gut, 3 als mittel (durchschnittlich), 4 als gering und 5 als sehr gering charakterisiert. Die Erntestandsnoten für die wichtigsten Feldfrüchte waren in den letzten Monaten folgende:

	Winter-Weizen	Sommer-Weizen	Winter-Erbsen	Winter-Roggen	Sommer-Roggen	Kartoffeln
April.....	3,1	—	2,7	3,0	—	—
Mai.....	3,1	2,6	2,6	3,0	2,6	—
Juni.....	3,0	2,7	2,4	2,8	2,5	2,6
Juli.....	2,8	2,5	2,3	2,6	2,5	2,4

Gegen Juni hat sich der Stand aller aufgeführten Feldfrüchte verbessert. Bei allen ist nach den amtlichen Notizen ein über dem Durchschnitt stehender Ernteertrag zu erwarten. Auch die Nachrichten über die Ernteaussichten im Ausland lauten in letzter Zeit sehr viel ermutigender als noch im Vormonat. So wird für Rußland eine sehr befriedigende Ernte in fast allen Gegenden dieses großen Agrarlandes prognostiziert. In Oesterreich-Ungarn und nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten sind die Erwartungen auf eine quantitative und qualitativ bessere Ernte gleichfalls im Wachsen begriffen. Treffen die Erwartungen ein, so ist hoffentlich damit der Weg für eine Ermäßigung der Getreidepreise gebahnt.

Berlin, 25. Juli 1909.

Rich. Calwer.

Politische Umschau.

Witterung und Lernung. — Eine Erinnerung. — Das neue Steuerheil. — Was Demagogie und Nartheit zu raten und zu leisten weiß. — Eine erfreuliche Wirkung der neuen Steuern. — „Gewerksverein“ und „Hansa-Bund“. — Organe der „Christlichen“ über die neuen Steuern. — Das Los der Tabakarbeiter. — Die Stichwahl in Reusbad-Banbau. — Der blutige Jar auf Reizen. — Das neue Ministerium in Frankreich. — Bürgerkrieg in Spanien.

Daß auch die Witterung Einfluß auf das politische Leben haben kann, ist eine oft gemachte Erfahrung. Hier eine sehr zeitgemäße Erinnerung an solch eine Tatsache: Als der Kampf des englischen Volkes gegen die Getreidezölle („Korngelese“) um die Mitte des vorigen Jahrhunderts seinem Höhepunkt zuging, verübte der Cobden, der Führer der Bewegung, auf einem Meeting, einige Wochen Regenwetter würden die Korngelese hinwegschwemmen. Schon im Jahre darauf, 1845, trat das entscheidende Verhängnis ein. Wochenlang regnete es. Das Getreide verkaufte auf dem Felde und die Kartoffelkrankheit trat auf. Im ganzen Lande völlige Misere. Das Elend stieg aufs höchste; Hunderttausende, Millionen von Menschen, mußten aus ökonomischen Mitteln ernährt werden, um sie vor dem Hungertode zu bewahren. Ohne Zollfreie Zufuhr war das nicht möglich. Unter dem Druck dieser Verhältnisse war die Regierung gezwungen, an die Abschaffung der Kornzölle heranzutreten.

Will das Wetter bei uns in Deutschland eine ähnliche politische Leistung vollbringen? Wir erwähnten in unserem letzten Bericht, daß es durch seine Ungunst die Ernteaussichten schwer beeinträchtigt hat. Während der letzten Woche hat die ungünstige Witterung angehalten und diese Aussichten noch mehr herabgedrückt.

Um so schlimmer machen sich die Wirkungen der agrarischen Volksauswanderungspolitik geltend. So haben z. B. die Sommerpreise eine erhebliche Verteuerung erfahren, sie stehen um 14 pZt. über dem Stande vom Januar. Ein Kilogramm Weißbrot (Semmel) kostete nämlich im Durchschnitt mit 55 deutschen Städten:

Mitte Januar..	M. — 49	Mitte April....	M. — 54
Februar.....	„ — 52	„ Mai.....	„ — 55
März.....	„ — 53	„ Juni.....	„ — 56

Der Preisanschlag beträgt also 7 3 in einem halben Jahre. In einzelnen Gegenden ist die Verteuerung sehr groß, in anderen hält sie sich in engen Grenzen. Auffallend ist z. B. die Steigerung in Potsdam, wo ein Kilogramm Weißbrot im Januar mit 35, im Juni aber mit 45 3 bezahlt wurde. Der Aufschlag beträgt fast 30 pZt. Noch schärfer ist der Sommerpreis in Brandenburg a. S. hinaufgeschickt: er stellte sich im Januar auf 40, im Juni auf 55 3. In Frankfurt a. d. O. ist die Preissteigerung nicht viel geringer. Exorbitant ist der Preisanschlag in Stettin, wo ein Kilogramm im Juni 75 3 kostete, gegen 45 3 im Januar!

Es ist mit Sicherheit auf das weitere stetige Steigen der Brotpreise und auch der Fleischpreise zu rechnen. Arge Not wird über Millionen von Menschen kommen. Aus der Ernte kann keine Hilfe kommen. Die Bitterung mögen sich die verbündeten Regierungen eine dringende Mahnung sein lassen, in die von der Sozialdemokratie geforderte Aufhebung der Getreidezölle zu willigen. Jedenfalls muß das Volk diese Forderung mit größter Entschiedenheit unterstützen, zumal es vom 1. August an auch noch die Lasten der neuen Verbrauchsabgaben zu tragen hat. Die sechs Artikel, Bier, Branntwein, Kaffee, Tee, Tabak und Zündhölzer, sollen dem Reiche 25 Millionen Mark Einnahmen bringen; den Konsumenten aber legen sie in Verbindung mit den größtenteils geradezu wucherischen Preisanschlägen durch die Industriellen und die Händler eine Belastung von etwa 800 Millionen Mark auf!

Die „Kreuzzeitung“, das Organ der Junker, die sich von ihrem Raub am Volke die Befriedigung aller Lebensgenüsse leisten können, bemüht sich, zu zeigen, daß die neuen Steuern sehr wohl ertragen werden können. Eine Hausfrau mit 30 Wochengehalt — also keine Proletarierfrau, die vielleicht mit 15 oder gar nur 10 wöchentlich „auskommen“ muß — hat nur nötig, den Kaffeeverbrauch einzuführen, „mehr Zusatz“ zu nehmen; die Butter mit Kalzin zu mischen; an Streichhölzern und an Fleisch zu sparen; denn „wir essen eigentlich zuviel Fleisch!“ Mann und Frau sollen die Antialkoholbewegung mitmachen“ usw. Auf diese Weise wird jeder mit den neuen Steuern sich leicht abfinden können.

Also auch hier wieder zum Schaden der Spott! Es ist nicht daran zu denken, daß die Volksmassen gegen den neuen Steuersegen dadurch opponieren, daß sie den Konsum an Bier, Kaffee, Tee und Tabak gänzlich einstellen. Es würde das aus volkswirtschaftlichen Rücksichten auch gar nicht zu wünschen sein. Wenn sie aber völlig dem Branntwein genügen entsagen würden, was möglich ist, so würde damit das fufelproduzierende Junkertum seine gerechte Strafe erfahren; es könnte dann seine Einnahmen aus dem Fufel, darunter die „Liebesgabe“, aus seinem Budget streichen. Deshalb reden wir dem allgemeinen Branntweinbojott gern das Wort.

Eine erfreuliche Wirkung haben übrigens die neuen Steuern bereits gezeigt: In den mittelständischen Kreisen, die seither dumm genug waren, die Konservativen und das Zentrum bei den Wahlen zu unterstützen und die sonach für das Zustandekommen der reaktionären Reichstagsmehrheit verantwortlich sind, macht sich mehr und mehr der Geist der Opposition gegen diese „Protokollen des Mittelstandes“ geltend. Es liegen zahlreiche Anführungen von Innungen und sonstigen Handwerkervereinigungen vor, die sich scharf gegen die Schädigungen wenden, die dem Mittelstand durch die neuen Steuern zugefügt werden. So heißt es in einem an die Kleingewerbetreibenden Mannheims gerichteten Aufruf:

„Glaubt nicht, daß die sogenannten Besitzsteuern, welche die neue Reichstagsmehrheit unter eifrigster Wahrung des eignen Geldbeitrags der Reichsregierung trotz deren besserer Einsicht aufzulegen hat, nur das Großkapital und nicht auch Euch treffen! Wenn die Drangsalierung des Handels, der Industrie und des Geldverkehrs bedeutendes Kapitalmengen in das Ausland treibt, dann sind die unaussprechlichen Folgen: Kapitalknappheit im Inlande, hoher Zinsfuß, Minderung der Unternehmenslust, Stöckung des Geschäftslaufes.“

Jeder intelligenten Handwerksmeister weiß aus Erfahrung, daß eine schwere Schädigung des Handels, der Industrie und des Geldverkehrs auch den Handwerkerstand in Mitleidenschaft zieht; denn sein Wohlergehen ist mit dem Wohlergehen jener Erwerbszweige eng verknüpft. Wie sollte es aber einem Handwerker noch möglich sein, auf einen neuen Zweig zu kommen, wenn neben der Verteuerung von Brot und Fleisch durch hohe Zölle, neben der fortgesetzten Steigerung der sozialpolitischen und der Steuerlasten auch noch das Betriebskapital und die Hypotheken höher belastet werden müssen und dabei Handel und Wandel lahm liegen!

Die agrarische Politik hat jetzt schon die Kaufkraft weiter Schichten der Bevölkerung in fühlbarem Maße beeinträchtigt. Wie soll das erst werden, wenn unser Erwerbsleben auch noch die verhängnisvollen Steuern der neuen Reichstagsmehrheit tragen muß? Nicht bloß die Nahrungsmittelgewerbe und das Bauhandwerk haben die

schlimmen Folgen zu verspüren, allen Zweigen des Handels wird die Erwerbstätigkeit erschwert und deren Ertrag geschwächt werden.

Das Agrarierium... nimmt auf die Interessen der anderen Berufsstände nicht die geringste Rücksicht. Zielbewußt und unter voller Ausnutzung seines großen Einflusses auf die Regierung ertrübt es die Entwertung unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Deutschland soll in den engen Rahmen des Agrarinteresses zurückgedrängt, dem Gewerbe, dem Handel und der Industrie soll der Lebensfaden unterbunden werden, damit der Großgrundbesitz wieder billige Arbeitskräfte bekommt.“

Ja, ja, wenn das nur alle Kleingewerbetreibenden einschließen möcht! Aber sie müssen auch die richtige Konsequenz aus dieser Erkenntnis ziehen, und die ist, daß sie zwecks Bekämpfung des Agrarieriums und der reaktionären Regierungspolitik gemeinsame Sache mit der Sozialdemokratie machen müssen und nicht etwa mit dem „Hansa-Bund“, der sich lediglich die Wahrung der Interessen des Großkapitals zum Ziele gesetzt hat.

Der „Gewerksverein“, das offizielle Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, freilich bringt die fürchtliche und unruhigliche Leistung fertig, zu behaupten, daß der „Hansa-Bund“ „große gemeinsame Interessen“ vertritt! Das Wort ist also immer noch vom Harmoniebesef besungen. Seine Leser mögen sich für die „Verlehrung“ bei ihm bedanken.

Bemitleidenswert ist auch das Bemühen der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, das Organ der katholischen Arbeitervereine, dem der Zentrumsabgeordnete Giesberts nahesteht, die katholischen Arbeiter auszuflößen mit der Politik des Zentrums. Sie behauptet, die Zentrumsfraktion des Reichstags habe ganz im Interesse auch der katholischen Arbeiter gehandelt, als sie die famosen neuen Steuern schaffte! Und der Münchner „Arbeiter“ gar, das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, äußert hohe Befriedigung darüber, daß die Arbeiter zur Steuer herangezogen werden. „Es hat“ schreibt er — schon das „eine Gute, daß derjenige, der bezahlt, auch den Mund aufmachen darf und nicht immer mitleidig als der unfähige Mensch angesehen wird, der nur durch die Unterstützung der reichen Leute in den Stand gesetzt wird, im Staatswesen sich fortzutreten. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist vielleicht diese neue Steuerbelastung des kleinen Mannes und nicht zuletzt auch des Arbeiters noch ein Vorteil: seine Unabhängigkeit und die Achtung der Besitzenden vor ihm wird zunehmen.“

Sollte man möglich halten, daß ein Arbeiterorgan es wagt, seinen Lesern solchen demagogischen Unsin zu bieten? So traurig der Humbug auch ist, müssen wir doch darüber lachen!

Späth ist auch eine Zentrumskorrespondenz für kleinere Zeitungen, die auseinandersetzt, daß man die neuen Lasten durch Fleiß und Sparsamkeit ausgleichen müßte. Man müsse sich in dem Verbrauch von Genussmitteln eben einschränken. Das sei zwar nicht angenehm, aber es gebe doch noch „viel schwerere Heimtuchungen und schlimmere Uebel auf dieser Welt“. O Trost der heiligen Kirche!

Es hat sich bereits gezeigt, daß die Folgen der Tabaksteuer für die Arbeiter geradezu ruind sind. Von überall, wo die Tabakindustrie heftig ist, kommen Nachrichten, daß die Fabrikanten ihre Betriebe einschränken oder gar schließen. Umfangreiche Arbeiterentlassungen haben bereits stattgefunden.

Die rechte Quittung auf die Steuerpolitik hat die Nachwahl im Reichstagswahlkreise Reusbad-Landau gegeben. Bei der am 30. Juli vorgenommenen Stichwahl wurde der Sozialdemokrat Huber mit 12 719 Stimmen gegen den Nationalliberalen gewählt, der 11 765 Stimmen erhielt. Huber hat 4835 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl erhalten, der Nationalliberale 2908. Bei der Hauptwahl wurden 26 458, bei der Stichwahl 24 484 gültige Stimmen abgegeben. Die vom Zentrum empfohlene Stimmenthaltung ist also größtenteils nicht befolgt worden, und es hat sich wieder gezeigt, daß die Zentrumswahlstimmen auseinanderfielen: die Besitzenden wählen den „Ordnungs“-kandidaten, die armen Keruel den Mann der schärferen Opposition. Doch wie dem auch sein mag, diese Wahl hat den Unwillen des Volkes über die Grobheiten des Schnapsbrosks heftlich offenbart. Möge er anhalten und bei den nächsten allgemeinen Wahlen zu befreienden Taten führen!

Am 27. Juli traf auf einer Besuchsreise, die auch nach England gehen soll, der blutige Jar Nikolaus II. auf deutschem Boden, in Kiel, ein, wo er, bemacht von Soldaten und Spitzeln, sich mit Wilhelm II. unterhalten hat. Die Kieler Sozialdemokraten haben ihm einen gebührenden Empfang bereitet. In einer Riesensammlung demonstrieren sie gegen seinen Besuch und gegen das russische Schandregiment.

Im englischen Parlament brachten die Arbeiter-Abgeordneten Henderson, Garbie und Grayson die Schande zur Sprache, die, wie sie ausführten, dem Lande durch den Zarenbesuch widerfährt. Sie protestierten gegen den offiziellen Empfang des Zaren, dessen „gerechtes“ Regiment durch folgende Tatsachen recht drastisch illustriert wird: Im Jahre 1905 wurden von Kriegsgerichten 72 Tote urteilt gefüllt und 10 Hinrichtungen vollzogen; im Jahre

1906 450 Todesurteile und 144 Hinrichtungen; im Jahre 1907 1056 Todesurteile und 480 Hinrichtungen; im Jahre 1908 1741 Todesurteile und 825 Hinrichtungen. Hinrichtungen wurden oft ohne Prozess vollzogen. Nach einem Bericht an die Duma wurden 74 000 politische Gefangene nach Sibirien verbannt, wo gebildete Männer und Frauen keine Beschäftigung finden können; sie erhalten 3 Rubel monatlich und sind Polizeisoldaten ausgekleidet. Sie werden wie Verbrecher behandelt. Seit 1905 wurden 237 frühere Dummamtglieder und 406 Medaillenträger zu verschiedenen Strafen verurteilt. Die Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß der Zar und seine Regierung die Verantwortlichkeit für diese Ereignisse tragen müssen.

Einige Liberale traten diesen Ausführungen bei. Das Haus lehnte aber ein Adressatombuch gegen den verantwortlichen Minister mit 187 gegen 79 Stimmen ab.

In Frankreich ist die Ministerkrise beendet worden. Briand, der Ministerpräsident, hat sein Ministerium schnell fertig gehabt. Als neue Männer treten in dasselbe ein: Millerand, der das Ministerium für öffentliche Arbeiten, Post- und Telegraphie übernimmt, Jean Dupuy als Handelsminister, Trouillot als Kolonialminister und als Finanzminister Cochet. Das Kriegs- und Marineministerium erhalten nicht mehr Parlamentarier, sondern der General Brun und der Admiral Boué de Lapeyrière. Das neue Ministerium stellte sich am 27. Juli der Kammer vor. Briand verlas im Namen der Regierung eine Erklärung, in der es heißt, das neue Kabinett beabsichtigt eine Politik des Friedens, der Reformen und des Fortschritts in die Wege zu leiten. Es werde dem Bündnisse und den Freundschaften Frankreichs unverbrüchlich treu bleiben und es als seine Aufgabe betrachten, der Würde und den Rechten Frankreichs Achtung zu verschaffen und den Weltfrieden zu wahren. In sozialer Hinsicht werde die Regierung bemüht sein, die Altersversorgungsgesetze für Arbeiter vor Schluß der Legislaturperiode zu verwirklichen und später nach und nach auch die in der Landwirtschaft, im Handel und in der Industrie beschäftigten Angestellten in ein vollständiges System sozialer Versicherungen einzuschließen. Die Regierung werde das Einkommensteuergesetz im Senate nachdrücklich verteidigen. Betreffend die Wahlreform werde die Regierung die Kammer ersuchen, für Municipalwahlen einen methodischen Versuch mit dem Proportionalsystem zu machen. Die Regierung werde weiterhin auf Annahme des Beamtenstatuts dringen, das den Beamten alle gesetzlichen Freiheiten gewährleisten soll. Die Forderung einer Unterbrechung des öffentlichen Dienstes könne jedoch nicht in Frage kommen.

Das ist eine scharfe Ablehnung des Streikrechtes der Beamten. Briand versicherte schließlich, die Regierung sei gewillt, an der Organisation der Demokratie zu arbeiten. Es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommt. Die neue Regierung ist eben auch nur die eines Klassenstaates.

Weitmas das meiste Interesse hat in der bestoffenen Woche die Tatsache in Anspruch genommen, daß sich in Spanien eine revolutionäre Bewegung gegen den von der Regierung friivol heraufbeschworenen Kolonialkrieg in Marokko erhoben hat. Die Marokkaner haben den spanischen Truppen schwere Niederlagen beigebracht. Dieser verheerende Krieg empört das Volk, das noch an den schweren Wunden leidet, die ihm der Krieg mit Amerika geschlagen hat. Mehrere größere Truppenabteile verweigerten offen den Gehorsam. Die Soldaten machten ihre Menschenrechte geltend gegenüber dem Verlangen einer unklugen und gewissenlosen Regierung, sich abzuschlagen zu lassen. In den Städten kam es zu gewaltigen Kundgebungen, die einen antimilitaristischen Charakter annahmen. Die Volksmengen, darunter viele Soldaten, erhoben den Ruf: "Nieder mit dem Krieg!" und "Nieder mit dem Königtum!" Der Ausbruch des allgemeinen Aufstandes wurde gemeldet. In Barcelona kam es zu einer großen Straßenschlacht, wobei die Artillerie in Aktion trat. Mit ihrer Hilfe hat man die "Ordnung" wieder hergestellt, d. h. der Auffland der getrockneten Volksmassen ist in einem Meer von Blut erkaufte worden.

Unsere vorige politische Ansicht ist irrlich als Wirtschaftliche Ansicht bezeichnet worden. Die Leser werden dadurch nicht getäuscht worden sein.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansstädte:
Hamburg (Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes);

Schleswig-Holstein:
Horst (Streik); Eckernförde (Aussperrung), Eutin (Sperre über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.); Oldesloe (Sperre über Meyer

aus Segeberg); Büchelndorf (Sperre über Schmidt in Kasdorf); Ohlstedt (Sperre über Barkmann in Wiemerskamp);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf);

Brandenburg:

Bad Schönflüss (Aussperrung), Lehnin (Sperren über Koerber, Horn, Jacob in Lehnin und Wendt in Götz), Fürstenwalde (Sperre über Pätzold bei den Arbeiten der Firma Pintsch), Berlin (Differenzen im Putzergewerbe);

Pommern:

Fyriz (Streik), Treptow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperre über Rudolf Wahl in Binz), Wolgast (Sperre über Peters in Lümannsdorf), Swinemünde (Sperre über den Kirchenneubau in Ostwine);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Labischin (Streik), Bromberg (Sperre über Krätschmar), Lützen, Rawitsch, Schlochau, Lyk (Differenzen);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperre über K. Bernhardt, Mückern, Blumenthalstr.), Mülsen (Sperren über E. Meier, Ortsmandor und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitsch), Zittau (Sperre über Hinke in Weigsdorf), Bautzen (Sperre über Scheibe), Frankenberg (Sperre über den Unternehmer Winkler), Chemnitz (Sperren über Thieme und Haupt in Jansdorf, Walter in Adorf und Bost in Neukirchen), Oederwitz (Sperre über die Bauten der Unternehmer Krüsing und Neumann), Neustadt (Sperre über Anton);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Coswig, Wartin a. d. S. (Streiks), Halle (Sperre über Ifland in Passendorf), Weissenfels (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiede), Schkonditz (Sperre über Reiwand);

Schlesien:

Jauer, Landeshut, Miltsch (Streiks), Bunzlau (Sperre über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.);

Thüringen:

Schlotheim, Tambach (Streiks), Arnstadt (Sperre über O. Gressler);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Ahlten b. Lehrte, Badbergen, Hude, Kirchwiese, Lingen, Neuhaus a. d. E., Walsrode (Streiks), Buxtehude, Goslar, Harburg, Holzminde (Aussperrungen), Sulingen (partieller Streik), Hannover (Sperre über die Firma Berger & Co. aus Bromberg), Nordenham (Sperre über die Bauten des Metallwerks), Osterode (Sperre über Renneberg in Windhausen), Vechta, Brinkum, Burgdorf (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Vierson, Velbert, Heiligenhaus, Tönisheide, Hilden, Ahlen-Bork-Selm (Streiks), Saarbrücken u. Umg. (Aussperrung), Minden (Sperre über Alkman in Obernkirchen), Disseldorf (Sperre über Riese), Meinerzhagen (Differenzen);

Essen-Waldeck:

Bieleheim, Korbach (Streiks), Bad Soden (Sperre über den Unternehmer Christian), Büttelborn (Sperre über Kuhlmann und Kraus), Herfeld (Sperre über Tomporz);

Bayern:

Würzburg (Aussperrung), Ansbach (Differenzen);
Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:
Pforzheim (Streik), Karlsruhe (Sperre über Ludwig Beck in Ettlingen);

Fliessenleger:

Berlin (gesperrt sind die Bauten folgender Subunternehmer und Firmen: Dörr bei Hamdorf, Meyer, Gronski & Beiersdorf, Döschner bei Rosenfeld, Wolf & Bielefeld bei Villero & Boch, Palm, Schachtzick & Mellin), Köln u. Düsseldorf (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurzbau aus Bonn), Mülheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbruck & Mathies), Nürnberg (Sperren über Ostertag & Herbst und über den Zwischenunternehmer Freudenberg), Coblenz (Sperre über Caspari).

Isolierer und Steinholzleger:

Breslau (Streik), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperre über die Filiale der Gesellschaft „Fama“), Chemnitz (Sperre über Ziegeler & Fritsche), Geln (Sperre über die Korkelithwerke).

Oesterreich:

Komotau, Rossbach, Weipert (Streiks).

Schweiz:

Winterthur (Streik), Bern (Differenzen);



Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Jena und Emden haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.



Gau Bremen.

Unsere Kollegen in Hude sind am 28. Juli in den Streik eingetreten, nachdem die Unternehmer es ablehnten, die Forderung zu bewilligen.

In Delmenhorst haben unsere Kollegen den Unternehmern eine Forderung unterbreitet. Sie lautet: eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung täglich und eine Lohnerhöhung von 2 1/2 % pro Stunde.

In Wabbergen ist es den Unternehmern gelungen, einige Lehrlinge als Ausreißer zu bekommen. Auch ein Postbote

benutzt seine freie Zeit am Tage dazu, den Unternehmern aus der Bäckerei zu helfen. Unsere Kollegen haben sich diesbezüglich an die Postdirektion gewandt.

In Brinnum werden wir den Kampf kaum umgeben können. Bisher erstreckte sich das Lohngelände auf die Orte Brinnum, Weste und Stridewe. Die wirtschaftliche Lage bedingt es, daß Stridewe ein eigenes Lohngelände wird. Unsere Kollegen haben sich schon vor längerer Zeit dem Zweigverein Bremen angeschlossen, weil sie ihrer Interessen dort besser vertreten finden. Sie fordern jetzt die neunstündige Arbeitszeit und 60 % Stundenlohn. Auch die Brinnum Kollegen haben den Unternehmern die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit und 55 % Stundenlohn eingereicht. Für Brinnum haben bereits zwei Verhandlungen stattgefunden, die aber ergebnislos verlaufen sind, weil die Unternehmer darauf bestehen, daß das Lohngelände nicht getrennt werden soll. Diesbezüglich haben die Kollegen in Stridewe am 26. Juli die Arbeit eingestellt und die Kollegen in Brinnum werden ebenfalls datsolger, vorausgesetzt, daß nicht noch eine Einigung stattfindet.

Eine schwere Differenz scheint sich in Emden vorzubereiten. Es ist noch bekannt, daß die Unternehmer des Baugewerbes den dortigen Arbeitsnachweis mit einer abschüchtligen Karte gegen unsere Kollegen handhaben. Sieben bis zehn verheiratete Kollegen wurden planmäßig von der Arbeit ausgeschlossen. Unsere Kollegen konnten sich nicht anders dagegen wehren, als den Arbeitsnachweis zu sperren, was bis jetzt auch mit Erfolg durchgeführt worden ist. Jetzt machen die Unternehmer durch ihr eigenes brutales Vorgehen mit dem Arbeitsnachweis gegen unsere Kollegen in die Engländer getrieben und schreien sie nach Hilfe. Sie haben sich in ihrer Angst zu folgendem Schreiben an unsere Kollegen veranlaßt gesehen:

Emden, den 29. Juli 1909.

An den Vorstand des Maurerverbandes, Bahnhofs-Emden.
Wir fordern Sie hiermit auf, die Sperre, welche Sie über Emden und unsern Arbeitsnachweis für das Baugewerbe verhängt haben, aufzuheben und uns ein diesbezügliches Schreiben bis Sonnabend, 31. d. M., abends 7 Uhr, zuzukommen zu lassen, andernfalls haben Sie die Folgen zu tragen.
Ergebenst
Der Vorstand des Vereins Emdener Baugewerksmeister.
K. G. Heitz, Vorsitzender.

Unsere Kollegen denken gar nicht daran, die Sperre über den Arbeitsnachweis der Emdener Baugewerksmeister aufzuheben, wenn uns nicht die Garantie gegeben wird, daß die Massregelungen aufhören. Stellen die Unternehmer ihr brutales Vorgehen gegen unsere Kollegen ein, so dem nicht die leiseste Veranlassung vorliegt, und geben sie uns Sicherheiten, daß es sich nicht wiederholt, so sind wir bereit, die Sperre aufzuheben. Sonst nicht, ihr Herr!

Gau Dortmund.

Aus Ahlen bei Hamm i. W. wird uns geschrieben: Obgleich die Forderungen der Arbeiter sehr bescheiden sind, wollen die organisierten Unternehmer sich nicht zu einem Entgegenkommen verstehen. Dagegen verziehen sie alle möglichen Mittel, um die Streitenden zu Gewalttätigkeiten zu reizen. Da die persönlichen Anstrengungen der Streitenden seitens der Unternehmer keinen Erfolg hatten, wurden italienische Streikbrecher, von denen eine Anzahl im Orte ist, zu Gewalttätigkeiten angesetzt. Daß für die Unternehmers Recht und Gesetz in Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe nicht existiert und daß sie hierbei recht oft noch die weitgehende Unterstützung der Behörden finden, ist der Arbeiterschaft bekannt. In Ahlen geht man jedoch so weit, selbst die sogenannte Unantastbarkeit des Eigentums außer Kraft zu setzen. Von den am Orte wohnenden Unternehmern haben drei die Forderungen der Arbeiter bewilligt, darüber natürlich großer Born der übrigen Unternehmer, der seinen Ausdruck schließlich darin fand, daß man dem Unternehmer S. Höring nachdrücklich seine Unmaterialität zum Teil nahm, zum Teil durch Särger andernorts machte. Der Westphale veröffentlichte dazu im „Stadt- und Landboten“ folgende Erklärung:

Ahlen i. W., 30. Juli 1909.

In der gestrigen Nummer des „Stadt- und Landboten“ veröffentlichte Sie eine Notiz, wonach die nächste Aufsicht der Steine von der Baubelle der evangelischen Schule mit schriftlicher Erlaubnis des Vizekanzlers, also zu Recht erfolgt sei.

Demgegenüber erkläre ich, daß ich die Steine von dem Ziegeleibehrer Höring rechtmäßig erworben habe. Der Subunternehmer Meufhaus hat die Steine auf meine Rechnung angefahren. Nachforschungen haben die Steine nach den Angaben des Polizeibeamten Ständendrup von den Unternehmern Köppe, Quack, Th. Füllensbrock, Joh. Wulle, Edel, Schulte und Carl Kramer abgeholt worden, während die auf dem Schulhofe abgeladenen Steine durch Hebergießen von Blaufäule, für die Aufsenfront unbrauchbar gemacht worden waren. S. Höring.

Was man der ganzen Sache erst das rechte Gesicht gibt, ist das in Ahlen umlaufende Gerücht, diejenige beamtete Person, deren Aufgabe die strafrechtliche Verfolgung der Diebe und Sachbeschädiger wäre, habe den Westphalen erucht, von einer Anzeige abzusehen, da er ja doch ein Verursacher der Unternehmer sei.

Gau Hamburg.

In Hamburg soll am Mittwoch dieser Woche aufs neue vor dem Einigungsamt verhandelt werden. Viel Erfolg darf man sich aber nicht davon versprechen. In dem Bezirk Wilhelmshagen ist die Arbeit im vollen Umfange aufgenommen worden, und zwar zu den von den Ausgesperrten geforderten Bedingungen. Auch in dem übrigen Aussperrungsgebiet haben in der vergangenen Woche mehrere Unternehmer bewilligt. Der Bezug war bisher nicht erheblich. Jetzt erwarten die Unternehmer größere Züge „Arbeitswilliger“ aus Holland und Schweden. Hoffentlich gelingt es den dortigen Kollegen, den Unternehmern einen tüchtigen Strich durch die Rechnung zu machen.

In Sorst i. Sollstein hatten unsere Kollegen eine Lohnforderung von 5 1/2 % pro Stunde gestellt. Die Unternehmer lehnten die Forderung ab. Auch nachdem die Forderung auf

3. § reduziert war, beharrten die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Darauf traten die Kollegen am 19. Juli in den Streik ein. Am 28. Juli kam es zu Verhandlungen mit den Unternehmern; wobei diese die zuletzt gestellte Forderung bewilligten. Vom 1. Januar 1910 an werden 58 1/2 Lohn gezahlt. Der Vertrag gilt bis zum Jahre 1913.

In **Wiemerskamp**, Zweigverein **Ostfeld**, hat der Unternehmer **F. Barzmann** aus Langenreihe bei Bargteheide, einen Neubau für den Gastwirt **Woff** übernommen. Nach dem Tarif sind hier 60 1/2 bei neuem einhalbstündiger Arbeitszeit zu zahlen. Der Unternehmer **Barzmann** zahlte aber nur 50 1/2. Aus diesem Grunde hat der Zweigverein **Ostfeld** die Sperrung über den Bau verhängt. Kein organisierter Kollege darf an diesem Bau in Arbeit treten.

Gau Hannover.

Die Aussperrung in **Goslar** hat sich noch nicht verändert. Die Unternehmer geben offen zu, daß es ihnen gar nicht auf die paar Pfennige ankommt, die sie durch Bewilligung unserer Forderung zahlen müßten; es handelt sich bei ihnen um den Austritt aus der Organisation, damit wir ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Darum richten wir an alle Kollegen, sowohl an die abgereizten wie an die am Orte, die Mahnung: Galtet aus! Das was Jahre hindurch mühsam aufgebaut haben, und was allein uns schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse bessern kann, darf nicht verloren gehen. Es darf den Unternehmern nicht gelingen. Darum nochmals: Galtet fest! Die Aussperrung fest für uns günstig!

Aus **Solzminde** wird berichtet, daß die von dem Stadtbaumeister versuchte Einigung gescheitert ist. Die Unternehmer weigern sich nach wie vor, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen. Erst soll die Arbeit wieder aufgenommen werden, dann wollen die Unternehmer mit sich reden lassen, ob im nächsten Jahre der Lohn um eine Kleinigkeit erhöht werden könne. Die Streikenden haben beschlossen, die Arbeit aufzunehmen, wenn ihnen die Erhöhung des Stundenlohnes um 2 1/2 zugestimmt wird. Der Maurer **W. Jakob** ist aus der Fremde zurückgekehrt und Streifbrevier geworden.

Gau Leipzig.

In **Blauen** ist, wie uns von dort mitgeteilt wird, der Streik beendet. Auf Ansuchen der Lokalkommission wurden am 22. Juli mit den Unternehmern Verhandlungen geführt und folgende Vereinbarungen getroffen: Der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer beträgt bei sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit 47 1/2, ab 1. April 1910 50 1/2. Der Lohn für Junggefelln unterliegt im ersten Jahre der freien Vereinbarung. Die Arbeitszeit bleibt für dieses Jahr wie bisher bestehen; im nächsten Frühjahr sollen die beiderseitigen Lokalkommissionen über diese Frage nochmals verhandeln. Dieser Vertrag läuft bis 21. März 1911 jedoch sollen die beiderseitigen Kommissionen wegen der weiteren Lohnfestsetzung spätestens bis Ende Februar 1911 Verhandlungen gepflogen haben. Damit hat für diesmal die Bewegung ihr Ende erreicht. Es gibt bei diesem Kampf weder Sieger noch Besiegte; der gesunde Menschenverstand brach sich Bahn und so endete der Streik mit für die Arbeiter annehmbaren Bedingungen. Die streikenden Arbeiter haben mutig ausgehalten, nur ihrem Selbstinteresse ist der für sie immerhin günstige Abschluß zu danken.

Gau Mannheim.

In **Forstheim** sind die vor dem Bürgermeisterrat geführten Verhandlungen nach vierwöchiger Dauer gescheitert. Welchen Standpunkt die Unternehmer zu den Unterhandlungen selbst einnahmen, das hatten sie in einem Schriftstück an den Oberbürgermeister niedergelegt. Um den Hochmut der Herren zu kennzeichnen, lassen wir hier den wesentlichen Teil folgen:

„Wir sind nicht mehr in der Lage, für die wenigen Arbeitsmonate in diesem Jahre noch einen Tarifvertrag abzuschließen, da wir uns bereits für die größeren Bauten anderweitig durch Auftragsverträge verpflichtet haben, die wir nicht mehr lösen können und auch nicht lösen werden. Wir sind dagegen bereit, wie seit Anfang dieser Lohnbewegung, arbeitswillige, tüchtige Maurer zu dem seitherigen Stundenlohn von 54 1/2 zu beschäftigen. Sollte der Streik jedoch in nächster Zeit nicht zu Ende gehen, so werden wohl für dieses Jahr nicht mehr in großer Anzahl einheimische Maurer zur Einstellung gelangen.“

„Wir sind nicht mehr in der Lage, für die wenigen Arbeitsmonate in diesem Jahre noch einen Tarifvertrag abzuschließen, da wir uns bereits für die größeren Bauten anderweitig durch Auftragsverträge verpflichtet haben, die wir nicht mehr lösen können und auch nicht lösen werden. Wir sind dagegen bereit, wie seit Anfang dieser Lohnbewegung, arbeitswillige, tüchtige Maurer zu dem seitherigen Stundenlohn von 54 1/2 zu beschäftigen. Sollte der Streik jedoch in nächster Zeit nicht zu Ende gehen, so werden wohl für dieses Jahr nicht mehr in großer Anzahl einheimische Maurer zur Einstellung gelangen.“

1. Die am 19. April d. J. von dem Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Forstheim, ausgeprochene Massenfindung wird zurückgenommen.

2. Die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiedereinstellung der an der Massenfindung beteiligten Arbeiter geschieht nach Maßgabe der im Tarifvertrag vom 26. Juni 1906 enthaltenen Bedingungen, jedoch mit nachfolgenden Änderungen:

- a) Statt der in § 2 Ziffer 4 bestimmten vierzehntägigen Lohnzahlungsperiode tritt eine solche von acht Tagen ein.
- b) An Samstagen endet die Arbeitszeit um 5 Uhr nachmittags. Dafür fällt die bisherige halbstündige Vesperpause weg.

3. Diejenigen Abmachungen, welche seitens des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Bezirksverband Forstheim, bzw. einzelner seiner Mitglieder, inzwischen mit anderen Arbeitern getroffen worden sind, bleiben — insbesondere hinsichtlich Zulässigkeit von Akkordarbeit und Dauer der Arbeitszeit — aufrecht erhalten. Die betreffenden Arbeiter werden jedoch nur an dem Neubau der Kunstgewerbeschule und den beiden Bauten der Maurermeister Wohnstätte und Geist in der Güterstraße beschäftigt; andere Arbeiter brauchen daneben an beiden Neubauten nicht eingestellt zu werden.

4. Mahnungen oder Befähigungen aus Anlaß der durch diese Einigung beigelegten Streitigkeiten finden von keiner Seite aus statt.

5. Vorstehende Einigung gilt nur bis 31. März 1910 einschließlich. Die Vertreter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Forstheim, erwarten, und die Vertreter des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Bezirksverein Forstheim, stellen in Aussicht, daß alsdann der Abschluß eines neuen Vertrages eine angemessene Lohnsteigerung eintritt, sofern die wirtschaftliche Lage des Baugewerbes in dieser Stadt eine solche zuläßt und in anderen Städten mit gleichen oder ähnlichen Lebensbedingungen gleichfalls eine Lohnaufbesserung gewährt wird.

Dieser Voranschlag bot den Maurern sehr wenig. Nur in der Lohnzahlung und am Arbeitslohn an Samstagen war ein Zugeständnis vorhanden. Welches Dinge, die den Unternehmern sicher nicht weh getan hätten. Die Diebarger sollten auf zwei Bauten beschränkt bleiben und im übrigen an ihren Verträgen nicht gerüttelt werden. Für das nächste Jahr wurde eine „verkaufte“ Lohnsteigerung versprochen. Trotzdem dieser Vermittlungsvorschlag den Maurern fast nichts bot, wollten dieselben die Verantwortung für eine Ablehnung der Vor schläge nicht übernehmen. Die Versammlung der Maurer erklärte sich zur Annahme bereit. Anders die Unternehmer. Diese gaben zunächst keine bestimmte Erklärung ab; sondern teilten mit, sie müßten erst ihren Landesverband fragen, dessen Vertreter würde nach Forstheim kommen, sie würden dann in einer Vollversammlung beraten. In dieser Versammlung haben die Unternehmer die Vorschläge des Bürgermeisters abgelehnt. Die Maurer sollen die alten Bedingungen wieder aufnehmen, ja, sie sollen die Verschlechterung in Kauf nehmen, daß Akkordarbeit zulässig ist, ohne zeitliche Beschränkung. Dies bedeutet, daß an Stelle der bisherigen zehnwöchigen Arbeitszeit die zwölfstündige eingeführt werden würde. Gätten die Maurer dies angenommen, so würde dies eine geradezu wirkungslose Beendigung des vierzehntägigen Kampfes gewesen sein. Die Maurer lehnten denn auch das Ansuchen der Unternehmer in gemeinsamer Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen ab. Der Kampf geht also weiter.

Inzwischen sind 15 Diebarger abgereist. Der Bau der Kunstgewerbeschule steht vollständig da. Aus Verger, daß eine Anzahl Streifbrevier fort sind, stehen die Unternehmer den Streifbretern, Kollegen Verbard, verhaften. Nach drei Vierteltunden hatte sich herausgestellt, daß die Anzeige der Unternehmer eine hinsichtlich Verleumdung war und Verbard mußte deshalb wieder entlassen werden. Die Situation ist für unsre Kollegen günstig. Nach genauer Zählung arbeiten im Streikgebiet 72 Streifbrevier, während nach den schwarzen Listen der Unternehmer vor dem Streik 512 Maurer hier beschäftigt waren. Die Stimmung der Bevölkerung hat sich seit der Protestversammlung ebenfalls zuun Gunsten der Streikenden geändert. Diese selbst stehen völlig geschlossen da. Halten unsere Kollegen weiteren Zugang von Forstheim fern, dann wird der Liebermut der hiesigen Bauherren bald gebrochen sein.

Die über das Geschäft des Herrn Ludwig Wed in Ettingen, Zweigverein **Karlruhe**, verhängte Sperrung dauert un verändert weiter. Der Zweigvereinsvorstand berichtet darüber: Wed ist einer der reaktionärsten Unternehmer unreses ganzen Bezirks. Schon vor drei Jahren sandten wir ihm unsere Forderungen zu, aber wir bekamen damals ebenso wenig wie diesmal eine Antwort auf unser Schreiben. Die Organisation war vor drei Jahren leider noch nicht fest genug, um mit Arbeitseinstellung unreser Forderung Geltung verschaffen zu können. Nun hat Wed einen größeren Neubau (Kinderchule) übernommen, unres dort beschäftigten Kollegen waren alle organisiert, weshalb auch sofort die Gelegenheit benützt wurde, dem Herrn Wed unresere vor drei Jahren bekanntgegebenen Wünsche zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in empfehlender Erinnerung zu bringen. Dies geschah in Form eines Vertragsmusters nebst einem Begleitschreiben am 14. Juli d. J. Damit Herr Wed genügend Zeit zum Nachdenken über diese Angelegenheit hatte, setzten wir den Termin zur Antwort auf den 20. Juli fest. Die Antwort blieb auch diesmal wieder aus. Kollege Philipp ging dann am 21. Juli persönlich zu Herrn Wed, um mit ihm über die Dinge zu reden. Die gut gemeinte Unterredung war schnell beendet, Wed erklärte kurz und bündig, daß er sich mit niemandem binde, er wolle frei sein, und die Maurer sollten auch frei sein. Auf die Frage des Kollegen Philipp, wie sich Wed zu der beantragten Lohnsteigerung stelle, meinte er, das seien seine Sachen. Also frei sollen die Maurer sein, aber die Höhe des Lohnes will Herr Wed allein bestimmen. Das würde ihm so passen. In einer am 22. Juli, morgens 6 Uhr, stattgefundenen Versammlung wurde als Antwort auf dies sonderbare Verhalten des Herrn Wed einstimmig beschlossen, die Sperrung über sein Geschäft zu verhängen. Nun begann sofort die Jagd nach Streifbretern. Das schöne Albtal mußte dazu herhalten. Am Montag brachte Herr Wed von der Gegend von Gerrenalb sechs Maurer mit, denen man aber auf den ersten Wind anfaß, daß sie sich über die Situation nicht klar waren. Die Leute wurden von Genarmen und Schulheuten an die Baustelle transportiert. Die Streikenden wurden zurückgebrängt und mit Verhaftung bedroht. Wir konnten nicht verhindern, daß die sechs, wie Straflinge transportiert, die Arbeit aufnahmen. Mit einer Wiene, als hätte er die Welt erobert, folgte Herr Wed mit dem Krupp betrogener Menschenfinder an die Baustelle; ja, er konnte sich so erniedrigen, daß er mit den Leuten in der Kaubude seine Maßregeln einnahm. Aber mit des Geschickes Mächten war auch diesmal kein ewiger Bund zu schließen. Die Freude des Herrn Wed dauerte nur einen einzigen Tag. Es ist bekannt, daß die badische Grenze schon ganz bedeutend an die russische gerückt ist. Abends, als die Hausmeister mit der Bahn der Südbadischen Eisenbahngesellschaft nach Hause gedenken wollten, ließen die Streikenden den Eisenbahnwagen leeren. Aber vor den Türen des Wagens mußten die Streikenden Halt machen, weil sie sämtlich abgepfiffen waren. Auf der einen Seite stellt die Polizeibehörde ihre Organe in den Dienst des Unternehmers, auf der andern Seite schießt

man die Streifbrevier allein in einen Eisenbahnwagen ein, damit ihnen ja von den Streikenden kein Haar gekümmert wird. Ob nun der badische Arbeiter, der als Gemeindeführer bekannt ist, halb merkt, woran er ist? Alle Vorschriften für die Hausmeister konnten aber in diesem Falle nichts nützen, am andern Morgen schüttelten die sechs Maurer wieder den schillerigen Staub von ihren Füßen und von dieser Zeit an kann nun Herr Wed das schöne Bild: „Ich steh allein auf meinem Bau“ wieder zeigen. Hoffen wir, daß die organisierten Maurer alles aufbieten und dafür sorgen, daß Herr Wed auch nicht einen einzigen Hausmeister mehr bekommt. Wie lange er noch auf seinem reaktionären Herrschaftspunkt verharren wird, wissen wir nicht; hoffentlich kommt ihm aber bald die Einsicht, daß er sich nur ins eigene Fleisch schneidet, wenn er glaubt, auf die Dauer seinen Widerstand aufrecht erhalten zu können.

Die Unternehmer der **Saarbräder** suchten schon 14 Tage vor Aufhebung der Aussperrung durch Anzeigen in allen bürgerlichen Zeitungen Süddeutschlands, Maurer hierherzulocken, aber der Mißerfolg war einfach niederschmetternd, da ja allen Maurern das teure Pfister Saarabens bekannt ist. Nun gingen die Unternehmer selbst auf die Suche nach Maurern. Wie in der vorigen Nummer des „Grundstein“ von Wiesbaden berichtet war, so erging es auch einem Bauherrn Sponheimer in Worms. Auch dieser Herr wird noch lange warten müssen, bis die 70 Maurer von dort kommen. Nun mußte ein andres Mittel herhalten. Die Unternehmer gingen zu ihren Kollegen der Umgebung, um dort Maurer zu leihen. So war Herr Wüch in Friedriehsthal bei dem Unternehmer Karst. Dieser ließ seine Maurer aufs Bureau kommen, und dort bettete Wüch die Maurer an, doch zu ihm zu kommen. Dabei traten ihm fast die Kräuen in die Augen, aber die Kollegen ließen sich nicht erweichen und lehnten es ab, in Saarbrücken zu arbeiten. Auch der Unternehmer **Adermann** wollte von Dudweiler seinen Kollegen zu Hilfe kommen, indem er dem Unternehmer **Witemann** eine Kolonne von 17 Maurern zuschob. Unternehmer **Witemann** war schon ganz selb vor Siegesfreude und ließ das Gepäd mit seinem Führer abholen. Die streikenden Maurer hatten aber nicht geschlafen. Den Leuten wurde klar gemacht, was hier auf dem Spiele steht und sie entschlossen sich dann, den Kampflap zu verlassen. Als sie den Hof des Unternehmers betraten, um ihr Gepäd wieder abzuholen, lief ihnen **Witemann** entgegen und rief: „Ach, seid Ihr schon da? Ich habe schon Quartier für Euch besorgt.“ Als aber die Maurer ihr Gepäd wiederbeklangert geriet der Unternehmer in eine nicht geringe Wut. Die saarabischen Scharfmacher sind ganz enttäuscht über ihre bisherigen Erfolge; denn von den 500 erschöpften Maurern hatten in den letzten 14 Tagen nur zehn Mann die Arbeit aufgenommen. Davon haben aber fünf schon wieder den saarabischen Staub von ihren Füßen geschüttelt. Nun mußte die Polizei noch härter gemacht werden, der Arbeitgeberverband benutzte die Kollegen Schrotz wegen Aufregung. Daher auch der Ausspruch eines Polizeikommissars: „Der Streik wäre bald zu Ende, wenn man den Schrotz verhaften würde.“ Die Polizei gibt sich denn auch rechtliche Mühe, den Unternehmern zum Siege zu verhelfen. Ein halbes hundert Strafmandate sind bereits erlassen, nun heißt man danach, daß der Staatsanwalt ein „Tempel statuieren“. Aber trotz alledem lassen sich unres Kollegen nicht einschüchtern, im Gegenteil, sie stehen fester als zuvor. Noch geht der Kampf in gewohnter Weise fort, aber etwas haben die Unternehmer von den Streikenden gelernt, nämlich das Streifbrevier. Am Wohnhof stehen recht die Maurer und links die Unternehmer Posten. Nur gut, daß unres Kollegen den Herren an Schlauchheit um ein ganz erhellendes überlegen sind. Die Unternehmer sehen die Ausichtslosigkeit ihres Kampfes bald ein. Einige Unternehmer geben zu, daß es sich nicht mehr um die 6 1/2 Lohnsteigerung handle, sondern um ihre „Reputation“. Deshalb Kollegen allerorts, haltet den Zugang nach Saarbrücken fern, dann wird der Sieg nicht ausbleiben!

Gau Nürnberg.

In **Bad Kissingen** haben uns die Unternehmer zwar einer Antwort gewürdigt, wollen aber scheinbar von einer Unterhandlung nichts wissen. Alle Forderungen, die den Unternehmern nichts oder nicht viel kosten, wollen sie bewilligen, aber von einer Verkürzung der Arbeitszeit sowie von einer Erhöhung des Lohnes wollen sie nichts wissen. In dem Schreiben der Unternehmer ist gesagt, daß die Arbeitszeit den örtlichen Verhältnissen angepaßt sei und daß die Löhne (40 1/2 pro Stunde) den Leistungen entsprechen, worüber aber unres Kollegen anderer Meinung sind. Eine Versammlung hat daher beschlossen, sich nochmals schriftlich an die Unternehmer zu wenden und in dem Schreiben unter allen Umständen eine Unterhandlung zu verlangen, da man unter den obwaltenden Verhältnissen auf eine Lohnsteigerung nicht verzichten könne. Wenn aber die Unternehmer eine friedliche Lösung in den noch bestehenden Differenzpunkten nicht wollen, so haben sie die Folgen aus ihrem Verhalten nur allein zu tragen.

In **Würgsburg** ist in der letzten Woche eine Veränderung in dem Stande der Aussperrung nicht eingetreten. Durch die mehr als eigenartige Auslegung des gestellten Schiedspruches durch den Gewerbegerichtsvorstand sind die Unternehmer jetzt in eine heillose Verzweiflung geraten. Man schimpft über die Bundes- und die Bezirkseinstellung der Unternehmer, was das Zeug hält. Von dem Regierungsbaumeister wurde uns der Voranschlag gemacht, der Wauktionen Maurer zu 47 1/2 pro Stunde zu senden, man wolle dann den großen Neubau der Kreiserschule in eigener Regie ausführen, worauf wir aber aus recht nachgelassenen Gründen nicht eingehen konnten, denn aus den Akten dieses königlichen Bauman konnte man herausfinden, daß man uns nur an die Arbeit laden wollte, nach wenigen Tagen würde alles beim Alten sein. Die Einladung zu einer weiteren Unterhandlung vor dem Gewerbegericht haben wir bereits in Händen; ob aber diese neuerliche Unterhandlung zu einer Einigung führen wird und ob die Unternehmer ihren Standpunkt in der Auslegung des Schiedspruches ändern werden, läßt sich noch nicht sagen.

gegen. Ueber die Errichtung eines Volkshauses referierte Kollege Aiche und zeigte den Anwesenden, wie notwendig die Errichtung eines Volkshauses gerade in Mainz sei. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, sich mit einem Vertreter von A 200 an der Genossenschaft zu beteiligen. Als nächster Punkt berichtigte Kollege Rehn über das Resultat unserer letzten Baupolizei vom 27. Juni bis 1. Juli. Dabei betonte, daß sehr viele Beanstandungen über vorfindene Schäden und Mißstände der Baupolizei, dem Aufsichtsbeamten der heffischen Bauerngenossenschaft und dem Verband der baugeverbliebenen Unternehmer in Mainz bereits am 8. Juli schriftlich mitgeteilt und um die Abstellung der Mißstände höflich gebeten sei. Ferner wurde die Baupolizei und der Aufsichtsbeamte der heffischen Bauerngenossenschaft ersucht, einer gemeinsamen Sitzung, die am 19. Juli einberufen war, beizutreten, und dort die Wünsche der Bauarbeiterschaft entgegen zu nehmen. Da das Ansuchen der Bauarbeiterschaftskommission von den in Betracht kommenden Behörden aber vollständig ignoriert wurde, sah sie sich genötigt, nochmals Erhebungen darüber anzustellen, um zu sehen, inwieweit die einzelnen Mißstände beseitigt worden sind. Die neuen Erhebungen, die vom 21. bis 27. Juli vorgenommen wurden, haben dann ergeben, daß nicht nur die früheren Mißstände nicht beseitigt sind, sondern daß noch eine ganze Menge neuer angefallen sind. In seinen weiteren Ausführungen kam Redner auch auf seine Verhaftung am Fort Wiesler, die anlässlich der Ausübung der Kontrolle auf Veranlassung des Bauführers Jakob von der Firma Strebel erfolgte, zu sprechen und stellte das Verhalten des Bauführers ins richtige Licht. In der nachfolgenden Diskussion bewaerteten sämtliche Redner das Vorgehen des Bauführers Jakob und gaben dies durch einstimmige Annahme nachstehender Resolution kund: „Die heute im Lokale zum „Goldenen Flug“ tagende Mitgliederversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Verhaftung ihres Zweigvereinsbeamten bei Ausübung einer Baupolizei auf dem Bauwerke des Unternehmers Strebel, belegen am Fort Wiesler. Die Versammlung bewaertet auf das lebhafteste, daß der Bauführer Jakob von der Firma Strebel Anlaß zu der Verhaftung gegeben hat, um so mehr, als auch hier nicht der geringste Grund dazu gegeben war. Die Versammlung ist empört, daß ihr Zweigvereinsbeamter Lehn von dem Bauführer Jakob in Gegenwart zweier Offiziere als Geher und Aufwiegler bezeichnet wurde, und spricht die Erwartung aus, daß diese Angelegenheit Gegenstand einer Schlichtungskommissionssitzung bildet und dort die Angelegenheit zum Austrag gebracht wird. Die Versammlung ist der Meinung, daß der Friede in einem gemeinsamen Zusammenarbeiten beider Organisationen nur aufrechterhalten bleiben kann, wenn sich derartige Fälle nicht mehr wiederholen.“

Taucha. In der am 14. Juli im „Deutschen Haus“ tagenden Mitgliederversammlung hielt Genosse Herzgen einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die kirchlichen Parteien und die Sozialdemokratie“. Darauf gab der Referent den Massenbericht vom zweiten Quartale, dessen Wichtigkeit von den Redatoren bestätigt wurde. Unter Verursachung der Verhältnisse des Vorstandes auf eine Beschwerde. Es wurde eine Kommission gewählt, die nochmals Beschwerde beim Vorstand führen soll. Ferner wurde die Kommission beauftragt, über folgenden Fall Beschwerde zu führen: Bei den Tarifabmachungen in diesem Frühjahr wurde der Ort Ranitzsch dem Lohnbezirk Taucha zugeteilt und die Lohnkommission beauftragt, mit dem Unternehmer Sante in Ranitzsch in Unterhandlung zu treten. Dieser hat sich auch bereit erklärt, den Maurern jährlich pro Stunde 5 s zuzulegen, bis der Lohnfuß der Tauchaer Kollegen erreicht ist. Er hat sich heute jedoch schon 12 s pro Stunde zugelegt. Mit Staunen mußten wir nun im „Grundstein“ lesen, daß die Firma Sante vom Zweigverein Vordorf gesperrt ist. Damit war die Angelegenheit zunächst erledigt. Verschiedene andre Punkte wurden bis zur nächsten Versammlung vertagt. Weiter wurde beschlossen, den Punkt „Maifeier“ nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Der Kollege Alfred Grath wurde wegen rückständiger Beiträge gefahren. Die andern Referenten sollen nochmals aufgefordert werden, ihre Verpflichtungen nachzukommen. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung, indem er noch deren schlechten Besuch bedauerte.

Waldburg i. Schl. Am 20. Juli fand im „Stern“ ein Altwaßer nach langer Zeit wieder eine Mitgliederversammlung statt. Durch die unter der heffigen Arbeiterbevölkerung herrschende Typhusepidemie war jede Zusammenkunft verboten, ausgenommen die in der Kirche. (Seidewürfen wir unser Evangelium nicht in der Kirche predigen.) Es war aber zu einer Versammlung auch die höchste Zeit; denn auf den Bauten hatten sich viele Mißstände eingeschlichen, besonders in puncto Arbeitszeit nahm man es von seiten unser Kollegen nicht so genau. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat die Versammlung das Indessen des verunglückten Kollegen Wilhelm Kühnel, der ungefähr 3/4 m abgestürzt und nach wenigen Stunden verschieden war. Dann sprach der Vorsitzende über die Situation in unserem Tarifgebiete. Er unterzog die bestehenden Mißstände einer Kritik und ermahnte die Kollegen, selbst etwas mehr auf Ordnung zu halten; denn in vielen Fällen seien die Kollegen selbst an den Tarifverletzungen schuld. Besonders bedauerlich sei es, wenn Kollegen glauben, sobald sie im Afford arbeiten, seien sie an die tarifliche Arbeitszeit nicht mehr gebunden, könnten also ruhig ein bißchen länger arbeiten, anstatt längere Zeit. Eine Anzahl Übertritte seien zwecks Abstellung an die örtliche Unternehmerorganisation berichtet worden. Ein Teil der betreffenden Meister habe geantwortet, während es einige für besser hielten, nicht zu antworten. Von den Antworten sind zwei interessant, und zwar die des Maurermeisters Wilhelm Geier aus Altwaßer und die seines Kollegen H. Stengel aus Gottesberg. Erstere deshalb, weil sie in letzterem Kontrakt fest zu der Antwort, die Herr Geier vorzeitig auf die Beschwerde wegen Maßregelung zweier Kollegen gab. Herr B. ist entgegenkommender geworden; jedenfalls weiß er warum. Die Antwort des Herrn Stengel aus Gottesberg, der in bezug auf Lohn und Arbeitszeit sich nicht an den Tarif hält, verdient der Nachwelt

erhalten zu bleiben. Sie ist an den Vorsitzenden der örtlichen Unternehmerorganisation gerichtet und lautet:

Auf 10. Juli 1909. Ich erlaube mir zu erwidern zu erwidern. Zunächst erkläre ich, daß wir Gottesbergermeister keinen Tarifvertrag unterzeichnet haben und infolgedessen auch keinen Tarifvertrag verletzt haben, bezogen des Lohnes sind meine Leute froh, daß ich sie in Nieder Herrnsdorf beschäftigt konnte, da in Gottesberg keine Arbeit ist und bezüglich der Arbeitszeit lassen sich selbst auch keine Vorschriften machen. Sonntags und Montags arbeiten sie weniger, und dafür die übrigen Tage länger mehr als 6 1/2 Std. haben sie nie gearbeitet, und auch bei einem notwendig werden den Feiertagen, wollen selber an andern Tagen möglichst herausarbeiten. Für uns Gottesberger hatte der Arbeitgeberverband wenig Zweck, denn als bei uns Streik war, arbeiteten unsere Maurer in Waldburg. Als ich meinen Maurern das Schriftstück des Vorsitzenden Herrn Fürle zeigte, meinten solche, daß sie wollen nur alle Wochen um 50 pzt. Verbandsleitung abnehmen. Dies die Meinung meiner Leute.

Die Sache ist heiter. Entweder hat feinerzeit die Lohnkommission der Meister gestundet, als sie sie erlärte, zu den Verhandlungen von den Gottesberger Meistern autorisiert zu sein, oder Herr Stengel stundet jetzt um 2 s weniger Lohn zahlen zu können. Wir glauben das letztere. Durch solche Sophismen werden wir uns aber den Tarif nicht abschwindeln lassen. Unter „Verzichtenes“ entspann sich eine lebhaft Debatte über die Frage, ob der Vorsitzende berechtigt ist, einen höheren als den tariflichen Lohn zu verlangen, wenn er in Verbandsangelegenheiten die Arbeit veräumen muß und in seiner Arbeit einen höheren Lohn verdient. Die Mehrheit der Kollegen war der Meinung, daß er einen höheren Lohn beanspruchen könne. (Die Differenz betrug in diesem Falle 10 s.) Ferner wurde das Bezirksführerystem wieder abgelehnt, nicht weil es an und für sich nichts taugt, sondern, weil die Bezirksführer in der Agitation ihre Pflicht nicht taten.

Fliesenleger.

Breslau. Die Breslauer Unternehmer im Fliesenlegergewerbe haben den bestehenden Vertrag gekündigt. Für den Neuaufschluß fordern sie eine Lohnkürzung von 20 pzt. Da dies Ansuchen der Unternehmer sicher zu Konflikten führen wird, so ist Breslau zu meiden.

Nürnberg. Der Stand der Sperre über Ostertag & Herbst und die Zwischenunternehmer Oswald und Freudenberg ist andauernd ein günstiger, wenn es uns auch noch nicht gelungen ist, alle ausgeübten Arbeitsstellen wieder abzugeben. Die Hauptidee ist, daß es den Kollegen Rheinland und Westfalens gelingt, den Zugang nach Nürnberg fernzuhalten, damit sich die Streikbrecher nicht weiter ausbreiten können. Da immer noch Kollegen auf die Annoncen in der Arbeitsmarkt hereinfallen, sei darauf hingewiesen, daß die angedrohten Sanktionen unter dem Tarif bezahlt werden. Tüchtige Leger erhalten 75 s, weniger tüchtige 70 s und weniger. Für eine Arbeit wurde gar nichts bezahlt. Die Firma Müller & Koch hat ihre Abmachungen mit Oswald wieder zurückgegeben. Wir verlangen, daß alle Kollegen, die in Nürnberg Arbeit annehmen wollen, vorher eine Anfrage an die Gestionsleitung (W. Giesholt, Ludwig Feuerbachstraße 42, 2. Etage) richten.

Isolierer und Steinholzleger.

Berlin. In der am 21. Juli abgehaltenen Generalversammlung der Isolierer, wurde vom Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartale gegeben, deren Wichtigkeit von den Redatoren bestätigt wurde. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der bisherige zweite Schriftführer auf Antrag des Vorstandes seines Postens als Vorstandsmittglied enthaben. Dann wurde der Kollege August Wächter wegen Nichtachtung eines Versammlungsbeschlusses (B. hatte am 1. Mai gearbeitet) und wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen. Auch der ehemalige erste Schriftführer, Gust. Heinrich, der ebenfalls am 1. Mai gearbeitet hatte, wurde ausgeschlossen. Er war früher berzener, der den Antrag, daß alle diejenigen, die am 1. Mai ohne ganztägige Gründe arbeiten, ausgeschlossen seien, am eifrigsten verteidigte. Außerdem hat er den Arbeitsnachweis umgangen. Heinrich, der selbst anwesend war, verteidigte sich mit einer großen Wollage, in der er sich befunden habe. Zum Schluß beging er noch eine Gemeinheit, indem er behauptete, die Arbeitsvermittlung geschehe nach Günst, ohne auch nur den geringsten Beweis für diese niederträchtige Verleumdung erbringen zu können. Nachdem der Ausschluß der beiden Kollegen war und einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung. Die Steinholzleger Berlins hielten in der letzten Woche zwei Versammlungen ab, und zwar je eine am 26. und 30. Juli. In beiden Versammlungen erstattete die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen mit den Fabrikanten. In der ersten Versammlung wurden die Zugeständnisse der Fabrikanten (für Leger 78 s und für Hilfsarbeiter 55 s pro Stunde, sofern letztere ein Jahr in der Branche tätig sind), einstimmig als unannehmbar erklärt. Der Lohnkommission wurde der Auftrag erteilt, nun neuem mit den Unternehmern zu verhandeln, und zwar wurde ihr in bezug auf die Vorschläge, die den Fabrikanten von neuem gemacht werden sollten, freie Hand gelassen. Die weiteren Verhandlungen fanden am 29. Juli statt, und diesmal gingen die Unternehmer mit ihren Zugeständnissen schon bedeutend weiter, indem sie das Angebot machten, daß der Lohn der Leger zunächst auf 75 s und vom 1. Oktober 1910 ab auf 80 s erhöht werden soll, der der Hilfsarbeiter soll zunächst 55 s, und von jenem Datum ab 60 s betragen. Hilfsarbeiter, die als Neulinge im Verufe anfangen, sollen sich jedoch im ersten Vierteljahre mit 50 s begnügen. Für die Arbeit in bestimmten nachgelagerten Vororten soll ein Zuschlag in der Höhe des Stundenlohnes, für die weiter entfernten Vororte ein solcher in der Höhe des doppelten Stundenlohnes, bei Arbeit in Fernorten für Ledige A 2,25, für Verheiratete A 2,75 Zuschlag pro Tag gezahlt werden. Den Ablauf des

Tarifs wollten die Unternehmer auf den 1. Oktober 1911 festgelegt wissen. Wo höhere Löhne als die Tariflöhne bestehen, sollen sie selbstverständlich nicht gekürzt werden. Die Versammlung am Freitag verlief teilweise recht stürmisch, da viele Kollegen den Standpunkt vertraten, daß auch diese Zugeständnisse für uns noch unannehmbar seien. Der Kollege Lange riet aber den Kollegen, sich damit zu begnügen, denn es seien doch immerhin 10 s pro Stunde, die ihnen durchweg innerhalb zwei Jahren ohne Streit zufließen. Diesen Rat befolgte dann auch die große Mehrzahl der Anwesenden. Gegen vier Stimmen wurde beschlossen, die Vorschläge der Fabrikanten mit der Bedingung anzunehmen, daß die zweite Erhöhung des Lohnes bereits am 1. April 1910 stattfinden und als Endtermin nicht der 1. Oktober 1911, sondern der 1. August 1911 festgelegt wird. Stimmen die Unternehmer diesen Abänderungsvorschlägen zu, woran wohl kaum zu zweifeln ist, dann soll der Tarif unterzeichnet werden.

Breslau. Die am 1. August stattgefundene Versammlung der Isolierer beschloß den Streik. In Betracht kommen in der Hauptsache zwei Firmen, von denen eine (Reinhold & Co.) Verhandlungen abgelehnt hat, während in der Verhandlung mit der andern (Klumer & Sohn) kein Resultat zu erzielen war.

Leipzig. Wegen zu schwachen Besuchs mußte die geplante Versammlung ausfallen. Unsere nächste außerordentliche Generalversammlung findet am Sonntag, 8. August, nachmittags zwei Uhr, im Volkshauses statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, dort zu erscheinen. Nur außerordentlich zwingende Gründe können als Entschuldigung gelten.

Schweizer.

Am 15. Juli fand in Schweizer eine Sitzung statt, um die Fortwörter, die uns seitens des christlichen Verbandes gemacht wurden, auf ihre Richtigkeit zu untersuchen. In der Sitzung nahmen teil: a) vom Verband der Christlichen als Vertreter des Zentralvorstandes Beder, der Bauvorstande Lange, Mitglieder des Zweigvereinsvorstandes und Mitglieder, die am Bau der Firma Raffin & Henning beschäftigt waren; b) von unserm Verband Römelsburg, Mühl, Kessel, Kessel und drei Mitglieder, die bei Raffin & Henning in Arbeit standen und noch stehen.

In dieser Zusammenkunft wurde folgendes festgestellt: 1. Schweizer gehört für beide Verbände zum Zweigverein Nachen. Der christliche Verband hat in Schweizer eine Zählstelle; von unserm Verband waren in Schweizer bei Beginn der Bewegung bei einem Unternehmer drei Mitglieder beschäftigt, weitere Mitglieder hatten wir dort nicht.

2. Schweizer bildet ein besonderes Lohngebiet, in dem der christliche Verband mit dem Unternehmerbund im vorigen Jahre in einem Vertragsbeschlusse stand. Der Ablauf des Vertrages gab den Anlaß zur gegenwärtigen Lohnbewegung. Die Lohnforderung beträgt 50 s, bisher betrug der Lohn 47 s. Die Unternehmer lehnten diese Erhöhung des Lohnes ab, deshalb kam es zum Streik. Der Streik begann am 8. Juni und erstreckte sich auf alle Unternehmer, mit Ausnahme von Raffin & Henning.

3. Bei der Firma Raffin & Henning waren bei Beginn des Streiks innerhalb des Lohngebietes Schweizer außer einem Polier 22 Stellen beschäftigt. Von den Gesellen gehörten zwei unserm Verband an, die übrigen waren größtenteils Mitglieder des christlichen Verbandes. Der Polier war ebenfalls Mitglied dieses Verbandes. Von den Gesellen erhielten an Lohn: fünf 55 s, zwölf 50 s, drei 47 s, jeiner 45 s und einer 40 s.

4. Die Firma Raffin & Henning hat man deshalb nicht gleich mit in den Streik einbezogen, weil der größte Teil der dort beschäftigten Kollegen den geforderten Lohn bereits erhielt. Dazu kam die Erwägung, daß nach Erledigung der eingeleiteten Bewegung auch mit dieser Firma leicht eine Einigung zu erzielen sein würde. Als sich dann aber herausstellte, daß die Unternehmer nicht so leicht nachgeben würden, sahste die Streikleitung den Plan, die Bewegung dadurch günstig zu beeinflussen, daß man mit einer Firma aufwarten konnte, die die Forderung bewilligt hatte. Das waren die Erwägungen, die auch zu einer Lohnbewegung bei Raffin & Henning führten.

5. Die Bewegung bei R. & H. wurde in der Weise eingeleitet, daß man mit den bei der Firma beschäftigten Kollegen, soweit sie für die Bewegung in Frage kamen, eine Versammlung abhielt. In der Versammlung wurde beschlossen, der Firma die Forderungen anzustellen und auch mit ihr zu unterhandeln. Das ist geschehen. Die Firma lehnte die Forderungen ab. Es hat dann eine weitere Versammlung desselben Veronesentrees stattgefunden, und in dieser Versammlung wurde beschlossen, auch bei R. & H. die Arbeit einzustellen. An den Versammlungen haben auch die zwei Mitglieder unseres Verbandes teilgenommen und die Erhebung der Forderung wie auch die Arbeitseinstellung mit befürwortet und beschlossen. Der Polier nahm an der Versammlung nicht teil. Die Arbeitseinstellung erfolgte am 8. Juni. An der Arbeitseinstellung beteiligte sich ein Mitglied unseres Verbandes; der Polier und ein weiteres Mitglied blieben bei der Arbeit. Alle andern am Bau beschäftigten Kollegen stellten ebenfalls die Arbeit ein.

6. Unserm Nachener Zweigverein ist von der Lohnbewegung in Schweizer seitens der Zeitung des christlichen Verbandes keinerlei Mitteilung gemacht worden. Von der Arbeitseinstellung bei Raffin & Henning hat der Vorsitzende unseres Zweigvereins, Kollege Kessel, erst erfahren, nachdem sie erfolgt war.

7. Am 9. Juni war Kessel in Schweizer auf dem Streikbureau des christlichen Verbandes, um über die Arbeitseinstellung bei R. & H. Informationen einzuholen. Er will eine befriedigende Auskunft nicht erhalten haben. Nachdem sich Kessel dann mit den beiden bei der Arbeit gebliebenen Mitgliedern in Verbindung gesetzt hatte, hat er am Abend desselben Tages mit den bei der Firma R. & H. im Zweigereinsgebiet beschäftigten Mitgliedern eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung fand in Stollberg bei Nachen statt; beschlossen wurde, die Sperre nicht anzuerkennen und damit den gesperrten Bau für die Verbandsmitglieder freizugeben. Zu dem Beschluß will man gekommen sein, weil man unsere Verbandsleitung nicht gefragt hat und weil die meisten bei R. & H. beschäftigten Kollegen den geforderten Lohn erhielten, und schließlich, weil man

besüchtete, daß eine ungünstig ausgehende Bewegung eine Reduzierung des Lohnes bringen könne. Auf Grund des Beschlusses hat am folgenden Tage das eine Mitglied, das an der Arbeitsentfaltung beteiligt war, die Arbeit wieder aufgenommen. Damit waren alle drei Mitglieder wieder in Arbeit.

8. Die Sperre ist am 15. Juni von dem örtlichen Verband aufgehoben worden. Bis dahin waren beschäftigt die drei Mitglieder unseres Verbandes und ein Nichtorganisationsmitglied. Die Aufhebung der Sperre ist nicht erfolgt, weil die vier Maurer beschäftigt waren, sondern weil verläutete, daß mit Hilfe unseres Verbandes Maurer herangeholt werden sollten. Man wollte durch die Aufhebung der Sperre den anjässigen Kollegen die Arbeitsstellen sichern.

9. Die Untersuchung hat ergeben, daß weder auf Kosten noch auf Veranlassung unseres Verbandes Maurer von außerhalb herangeholt wurden. Kollege Schwedi, Mitglied unseres Verbandes, hat sich aber in dieser Hinsicht betätigt, und zwar auf Kosten der Firma, die an Schwedi neben dem Arbeitslohn auch Speisen und die Ausgaben an Fahrgehalt zahlte. Der Vorsitzende unseres Anstalters Zweigvereins, Kollege Wessel, hat von dem Auftrag des Kollegen Schwedi Kenntnis gehabt, er hat aber, wie er selbst angab, die Abreise nicht verhindert, weil er die Heranziehung auswärtiger Kollegen für richtig hielt. Schwedi ist am 15. Juni abgereist und am 21. Juni zurückgekehrt. Mit Maurer sind auf seine Veranlassung nach Schweidert gereist, davon sind sechs Mitglieder unseres Verbandes.

Wir veröffentlichten dies Ergebnis der Untersuchung und bemerken dazu, daß wir auch danach die Haltung unserer an den Vorkommnissen beteiligten Kollegen nicht billigen.

Vorsicht im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet.

Man schreibt uns: Die Gründung der Sonderorganisation für die italienischen Bauarbeiter in der Schweiz macht sich bereits auch im deutschen Grenzgebiet bemerkbar, indem einzelne Mitglieder dieser Organisation zeitweise in Deutschland in Arbeit treten und hier natürlich unter ihren Auslandsleuten zugunsten dieser Mitglieder agitieren. Das zugängliche Argument sind selbstverständlich die niedrigen Beiträge (in Basel 3. B. 30 Cent. oder 24 S. wöchentlich). Wenn diese Wirröpfe im deutschen Gebiet auch keine großen Erfolge haben, so tragen sie doch dazu bei, daß die unter den Italienern sowieso bestehende Eifersucht gegen hohe Beiträge noch befestigt wird. Außerdem erschweren sie durch ihr Schimpfen auf die Deutschen die Agitation. Die Bücher der neuen Organisation haben einen roten Umschlag und sind unter allen Umständen zurückzuweisen, wenn ein oder das andere Mitglied es versuchen sollte, in die deutschen Verbände überzutreten. Da ja für jedes Land nur eine Zentralorganisation zum internationalen Kartellvertrag zugelassen ist und dies für die Schweiz der „Verband der Maurer und Handlanger in der Schweiz“ ist, so ergibt sich von selbst, daß dieses neueste Produkt auf dem Gebiete der Arbeiterorganisation, das herborgegangen ist aus acht südländlicher Großmannschaft und dem Bestreben, den Geldebeutel möglichst zu schonen, bei uns keine Anerkennung finden darf. Hauptächlich die Zweigvereine Konstanz, Radolfzell, Singen, Börsach, St. Ludwig, Gäßingen, Mühlhausen, Friedrichshafen und Kuffingen werden ersucht, gegen etwa auftauchende Mitglieder dieser Zerplitterungsorganisation ganz energisch vorzugehen, da ja die Musterkarte der in Deutschland existierenden Organisationsformen heute schon reichhaltig genug ist.

Internationale Maurerbewegung. Schweiz.

Der Streit der Maurer und Handlanger in Winterthur, den die Unternehmenseffekte schon längst tot zu liegen verlor, dauert seit 1. Juni unabänderlich fort. Auf den meisten Bauplänen herrscht Totenstille, angefangene Bauten liegen einsam und verlassen da oder stehen Ruinen gleich. Den Baumeistern ist es trotz ihrer In- und Auslandsreisen bis jetzt nicht gelungen, eine größere Anzahl Streikbrecher zu finden. Mit ein paar Lumpenproletariats, die eben nur dann arbeiten, wenn ihre Klassen- und Weibensgenossen um die Verbesserung ihrer Existenzbedingungen kämpfen, müssen sie vorlieb nehmen. In ihrer verzweifeltsten Lage beschimpfen und injulieren sie die Streikenden bei jeder sich ihnen bietenden Gelegenheit. Unter Zuhilfenahme der Behörden und der Machtmittel des Staates glauben sie den Streit unterdrücken zu können. Diese Bestrebungen werden ihnen wenig nützen; denn die Erziehungsarbeit der Organisation ist in Winterthur so weit gediehen, daß sich die Streikenden zum größten Leidwesen einiger Scharfmacher des Baumeisterverbandes nicht provozieren lassen. Viele kleine Bauunternehmer würden gern beivilligen, aber sie fürchten den Terrorismus des schweizerischen Baumeisterverbandes, der durch die Materialperrn, den Enghes des Bankkredits ufo. zum Ausdruck kommt. In ihrer Verlegenheit pojanamen die Unternehmer in die Welt hinaus, es hätten bereits 230 Maurer die Arbeit wieder aufgenommen. Der Zweck dieses Wanders ist nur zu durchsichtig; die Baumeister sind in eine derartig schlimme Situation geraten, daß sie sich nicht mehr anders zu helfen wissen. Trotz der eifrigsten Bemühungen konnten sie bis jetzt im In- und Auslande keine Streikbrecher aufzuweisen. Einige Unternehmer haben sich auf der Streikbrecherliste bereits gründlich blamiert; jetzt schicken sie Streikbrecheragenten auf die Reise, die versuchen sollen, eine größere Anzahl Maurer nach Winterthur zu locken. Wir ersuchen unsere Kollegen, denselben überall einen würdigen Empfang zu bereiten. Mitteilungen sind an das Arbeitersekretariat Winterthur zu richten.

Gewerkschaften der Maurer in Großbritannien.

Die Entwicklung der Gewerkschaften der Bauarbeiter ist durch die Wirtschaftskrise, die in Großbritannien seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts herrscht, sehr ungünstig beeinflusst worden. Während die Zahl aller organisierten Arbeiter von 1903 bis 1907 im ganzen zunahm, nahm die Zahl der Mitglieder der Bauarbeitergewerkschaften beständig ab. Allen Gewerkschaften gehörten an: 1903: 1 931 048, 1904: 1 895 109, 1905: 1 920 378, 1906: 2 118 808 und 1907: 2 408 746 Mitglieder; die Bauarbeitergewerkschaften zählten 1903: 238 141, 1904: 225 149, 1905: 205 179, 1906: 196 492 und 1907: 193 190 Mitglieder. Stärker vertreten als die Bauarbeiter sind unter der Gesamtheit der Organisierten die Bergarbeiter, deren Gewerkschaften Ende 1907 703 344 Mitglieder hatten, ferner die Metallarbeiter mit 376 805 Mitgliedern, die Textilarbeiter mit 354 427 Mitgliedern und die Transportarbeiter mit 238 818 Mitgliedern.

Von den 77 selbständigen Gewerkschaften der Bauarbeiter, die Ende 1907 bestanden, waren 18 Gewerkschaften der Maurer*, darunter fünf Verbände, und zwar: Operative Bricklayers' Society, gegründet 1848, Zahl der Ortsgruppen Ende 1907: 376; Sekretär: J. Baddeley, 46 Southward Bridge Road, S. E., London. United Operative Bricklayers' Trade, Sick, Accident and Burial Society of Great Britain and Ireland (Manchester Unity), gegründet 1838, Zahl der Ortsgruppen: 82; Sekretär: G. S. Clarke, 50 George St. West, Hall St., Manchester. United Operative Masons' Association of Scotland, gegründet 1831, Zahl der Ortsgruppen: 67; Sekretär: G. B. Craig, 45 Montrose St., Glasgow. Friendly Society of Operative Stonemasons of England, Ireland and Wales, gegründet 1838, Zahl der Ortsgruppen: 382; Sekretär: W. Hancock, 28 John St., Bedford Row, W. C., London. United Operative Masons and Granite Cutters' Union, gegründet 1888, Zahl der Ortsgruppen: 8; Sekretär: G. Garden, Trades Buildings, 47 Belmont St., Aberdeen, Schottland.

Die Mitgliederzahl aller Maurergewerkschaften betrug zu Ende der Jahre 1903 bis 1907:

Table with 6 columns: Bezeichnung der Gewerkschaften, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907. Lists various guilds and societies like Ancient Guild of Brick and Stone Layers (Ireland), United Operative Bricklayers (Manchester Unity), etc.

Für das Jahr 1908 liegen die Angaben noch nicht vor. Die Gesamtmitgliederzahl, die Ende 1903 70 194 betrug, ging bis Ende 1907 auf 49 794 zurück; der Verlust betraf sich auf 20 400 Mitglieder (29 pSt.). Die Gewerkschaften der Steinmauer haben im Verhältnis viel größere Verluste erlitten als die Gewerkschaften der Ziegelmaurer.

Die Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben und der Vermögensbestand der vier wichtigsten Maurerverbände werden in der folgenden Tabelle veranschaulicht. Die Beträge sind in englischen Pfunden (£) angeführt; ein Pfund kommt im Werte ungefähr M. 20 gleich.

United Operative Bricklayers (Manchester Unity).

Table with 5 columns: Jahr, Einnahmen, Ausgaben, Vermögen am Jahresabschluss. Data for years 1903-1907.

Operative Bricklayers.

Table with 5 columns: Jahr, Einnahmen, Ausgaben, Vermögen am Jahresabschluss. Data for years 1903-1907.

Operative Masons of Scotland.

Table with 5 columns: Jahr, Einnahmen, Ausgaben, Vermögen am Jahresabschluss. Data for years 1903-1907.

* Bricklayer bedeutet Ziegelmaurer, Stonemason Steinmauer, Stone Cutter Steinmetz. ** Schulb.

Operative Stonemasons.

Table with 5 columns: Jahr, Einnahmen, Ausgaben, Vermögen am Jahresabschluss. Data for years 1903-1907.

Mit Ausnahme der United Operative Masons of Scotland haben diese Verbände ein gut ausgebildetes Unterfütungsweesen; drei haben die Arbeitslosen, zwei sogar die Altersunterfütung eingeführt. In den fünf Jahren 1903 bis 1907 wurden für Unterfütungen die nachstehenden Summen ausgeben:

United Operative Bricklayers.

Table with 6 columns: 1903, 1904, 1905, 1906, 1907. Rows for Streifunterfütung, Arbeitslosenunterfütung, Kranken- und Unfallunterfütung, Sterbeunterfütung.

Operative Bricklayers.

Table with 6 columns: 1903, 1904, 1905, 1906, 1907. Rows for Streifunterfütung, Arbeitslosenunterfütung, Kranken- und Unfallunterfütung, Altersunterfütung, Sterbeunterfütung.

United Operative Masons of Scotland.

Table with 6 columns: 1903, 1904, 1905, 1906, 1907. Rows for Streifunterfütung, Kranken- und Unfallunterfütung, Sterbeunterfütung.

Operative Stonemasons.

Table with 6 columns: 1903, 1904, 1905, 1906, 1907. Rows for Streifunterfütung, Arbeitslosenunterfütung, Kranken- und Unfallunterfütung, Altersunterfütung, Sterbeunterfütung.

Der Rest der Ausgaben trifft auf Beiträge an andere Organisationen, Verwaltungskosten und Sonstiges. — Bei den United Operative Bricklayers konnten nur die Einnahmen, die Ausgaben und das Vermögen der Hauptstelle in Betracht gezogen werden; bei den drei andern Verbänden sind auch die Einnahmen, die Ausgaben und der Vermögensbestand der Ortsgruppen mit einbezogen. — Diese Zahlen zeigen, daß das Jahr 1903 bis 1907 für die britischen Maurerverbände auch in finanzieller Hinsicht sehr ungünstig gewesen ist.

Zentralrankenkasse. („Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 25. bis 31. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Breslau M. 600, Hamburg 500, Steglitz 400, Rehm 350, Oberau 300, Leibsch 280, Groß-Biegenort 250, Wriez 250, Gising 200, Harburg 200, Deutsch Wiffa 150, Königberg i. Pr. 150, Langenfelde 100, Hoflau (Anhalt) 100, Essen a. b. R. 100, Groß-Bodden 100, Zwenkau 100, Neubietendorf 100. Summa M. 4210.

Zufüsse erhielten: Mannheim M. 300, Wittenberg 150, Kallberg 100, Niederbreisig 35. Summa M. 565. Altona, 31. Juli 1909. Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw. Kollegen! Unterleht nie, von Unfällen, Bauentscheidungen überhaupt von allen wichtigsten Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Jahrbuch zu senden.

Bauarbeiterkongress für Schlefien und Posen. Im Einvernehmen mit der Zentralkommission für Arbeiterschutz labet der unterzeichnete Vorstand die Bauarbeiterorganisationen vom Geltungsgebiete der Schlefien-Posen Bauarbeiterkongress auf Sonntag, den 22. August, vormittags 10 Uhr, in das Gewerkschaftshaus in Breslau, Margaretenstraße 17, ein.

Als Tagesordnung schlagen wir vor: 1. Der geleitete Arbeiterschutz. Referent: Genosse G. Heintze-Hamburg. 2. Die Sanftabgabe des Bauarbeiterkongresses in Schlefien und Posen. Referent: Genosse Heinrich Höcker-Breslau. 3. Diskussion und Anträge. Werdigt, zu dieser Kongress Delegation zu entsenden, sind alle Zweigvereine resp. Fachstellen der für den Bauarbeiterkongress in Frage kommenden Gewerkschaften, sowie die für die einzelnen Orte bestehenden Bauarbeiterkongresskommissionen.

Die Delegierten, die sich durch Mandate auf der Konferenz legitimieren haben, werden ersucht, rechtzeitig zu erscheinen, damit die Konferenz pünktlich eröffnet werden kann.

Besondere Einladungen ergehen nicht.

Der Vorstand der Bauarbeiter-Kommission Breslau. J. A. Otto Bachmann, Vorsitzender.

An die baugewerblichen Arbeiter in Hessen-Nassau und Waldeck.

Werte Kollegen! Die Bauarbeiter-Kommission in Frankfurt a. M. beruft im Einverständnis mit den Vorständen und Gausleitungen der baugewerblichen Organisationen eine Bauarbeiter-Konferenz ein. Dieselbe findet Sonntag, den 6. September 1909, vormittags 9 1/2 Uhr, in Frankfurt a. M. im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Am Schwimmbad 8/10, statt.

Tagesordnung: 1. Der Bauarbeiter-Konferenz und die Haltung der Parlamente, Regierungen und Berufsorganisationen zu demselben. Referent: Gausleiter Wilsch, Krefeld, Frankfurt a. M. 2. Der Bauarbeiter-Konferenz in Hessen-Nassau und die Aufgaben der Gemeinden. Referent: Gausleiter Heintz, Hiltmann, Frankfurt a. M. 3. Diskussion und Anträge.

Die Mitstände im Baugewerbe nehmen überhand, ohne daß sich die maßgebenden Faktoren gemüßigt fühlen, etwas zu tun. Eine öffentliche Stellungnahme der Bauarbeiter macht sich unumgänglich nötig. Es gilt ferner, Stellung zu nehmen zu den längst reformbedürftigen Unfallversicherungsordnungen der Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsorganisation. In keiner Weise reicht der sittlich-sanitäre Schutz der Bauarbeiter, weder im Hoch-, viel weniger im Tiefbau aus, und es gilt nun, das alles einmal mit wünschenswerter Deutlichkeit zu sagen. Aus diesen Gründen werden alle baugewerblichen Organisationen ersucht, sofort Stellung zur Bekämpfung der Konferenz zu nehmen und von dem Recht, Delegierte zu entsenden, ausgiebig Gebrauch zu machen. Wir ersuchen in Anbetracht der knappen Zeit um rechtzeitiges Erscheinen und bitten Anträge aller Art an unsern Kontrollleur E. Kaiser, Frankfurt a. M., Alr. Heiligensstraße 51, zu richten.

Die Bauarbeiter-Kommission Frankfurt a. M. A. B. G. o., Vorsitzender.

Düsseldorf, Dienstag, den 27. Juli, fiel der Maurer Philipp Krarbach an dem Umbau des Unternehmers M. See so unglücklich vom Gerüst, daß er eine schwere Rückenverletzung erlitt. Der Verunglückte mußte mit dem Sanitätswagen in seine Wohnung gebracht werden. Hier starb er. Am 28. Juli beugte sich der Bauarbeiter Peter Christmann auf einem Bau der Firma Wandholz & Neß aus einem Fenster, um den auf der Schürfkantung befindlichen Kalk zu entfernen. Dabei stürzte er 7 m hoch ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er am folgenden Tage starb. Die Ursache des Absturzes dürfte ein Schwindelfall gewesen sein.

Frankfurt, Am 28. Juli stürzte auf dem Bau des Unternehmers Reichow der mit dem Mischen beschäftigte Maurer Eiert von der Balkenlage der ersten Etage in den Keller. Er zog sich schwere innere Verletzungen zu und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die mangelhafte Abdeckung trug zu der Schwere des Unfalls bei.

Stadt-N. N. Am Neubau der Gelatinefabrik stürzte am 27. Juli der Zimmerlehrer Bogler beim Hochreichen von Brettern aus einer Höhe von 4 m so unglücklich herab, daß er höfungslos banieliedert. Der Unternehmer ist dafür bekannt, daß er stets schlechtes Gerüstmaterial verwendet.

Steinau a. d. O. Am 19. Juli verunglückte der Maurerpolier Neumann dadurch, daß ihn aus der Höhe der zweiten Etage zwei Mauereisen aus dem Kopf fielen. Neumann, dem die Schädelschneide zertrümmert wurde, starb in der folgenden Nacht. Wäre an dem Bau ein Ganggerüst vorhanden gewesen, hätte der Unfall nicht passieren können.

Aus Unternehmerkreisen.

* Sogenannte Tarifverträge. Nicht wir wollen von sogenannten Tarifverträgen reden, sondern andre, nämlich den Arbeitgeberverband im Plattengewerbe, Sitz Berlin, Geschäftsstelle: Eifen, darüber reden lassen. Diejenige Unternehmerverbände war es unangenehm, daß man seinen hiesigen Mitglieder die Ausperrung der Plattenleger zur Unterstützung der übrigen baugewerblichen Unternehmer als einen Tarifbruch anrechnete. Deswegen veröffentlicht er in der Zeitschrift „Baumaterialienmarkt“ eine Rechtfertigung, die u. a. zwei sogenannte juristische Gutachten bringt. Der Unternehmerverband selbst — nicht die von ihm gekauften Gutachten — schreibt in den: Einleitung: „Soweit die Gewerke unter sich zu Verbänden zusammengeschlossen sind, haben dieselben wohl zumeist sogenannte Tarifverträge.“ Allerdings, sie haben sogenannte Tarifverträge! Wer die Dinge wohl so genannt haben mag? Was mögen das nur für Sachen sein, diese sogenannten Tarifverträge? Ja, der Arbeitgeberverband im Plattengewerbe ist sicher nicht ihr Urheber gewesen, er hat keine Schuld, wenn es sogenannte Tarifverträge gibt. Und was sie sind, welche Bedeutung sie haben, welche Voraussetzungen, welche Verpflichtungen mit ihnen verbunden sind, das sind ihm noch völlig böhmische Dörfer. Er ist darüber so klüßend untunbig, daß er sich an zwei Anwälte wandte, um dort zu erfahren, was er nicht wußte. Die beiden Anwälte — ihre Namen bleiben schamhaft verschwiegen — wußten es zwar auch nicht gleich, aber sie haben sich doch schnell danach erkundigt in irgend einem juristischen Werk, das für alle Sachen schwarz auf weiß eine Erklärung bringt. Doch wenn sie auch nicht sofort wußten, was es mit diesen sogenannten Tarifverträgen auf sich hat, so wollten sie doch gleich, was der Plattenunternehmerverband wollte, wofür er sein Geld auszugeben vorhatte. Und das genigte, das mußte genügen. Ein gewisser Marx sagt in einem sogenannten kommunikativen Manifest, daß der Kapitalismus den Arzt, den Juristen, den Mann der Wissenschaft schlagig in seinen bezahlten Lohnarbeiter umgewandelt habe. Die Juristen der Plattenunternehmer haben diesen Satz sicher nie gelesen, aber kopiert haben sie ihn. Der eine der angegangenen Anwälte läßt sich so nehmen:

„Durch den Tarifvertrag verpflichten sich die Arbeitgeber, während der Dauer des Vertrages, allen von ihnen beschäftigten Arbeitern die in dem Tarifvertrage festgelegten Vorteile einzuräumen; die Arbeiter andererseits verpflichten sich, während der Dauer des Tarifvertrages sich mit den darin niedergelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen zufriedenzugeben. Es soll also erreicht werden, daß für eine gewisse Zeit Streitigkeiten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgeschlossen sind. Besonders verpflichtet sich weder die eine noch die andre Partei, Gelegenheit zur Arbeit zu geben, auf Grund des Tarifs zu arbeiten. Beide Vertragstheilen sind völlig frei, ob sie Arbeit geben bzw. Arbeit nehmen wollen. Es kann also ein Arbeitgeber, trotz eines abgeschlossenen Tarifvertrages, seine sämtlichen Arbeiter entlassen, und es können die Arbeiter sämtlich die Arbeit niederlegen, ohne gegen den Tarif zu verstoßen.“

Nur dann verstoße eine Entlassung oder Arbeitseinstellung sämtlicher Arbeiter gegen den Tarif, wenn sie eine Verringerung des Tarifs bewirke. Damit ist für den vorliegenden Fall ohne weiteres der Nachweis erbracht, daß der Plattenhändlerverband einen Tarifbruch nicht begangen hat. Die allgemeine Ausperrung der Plattenarbeiter ist erfolgt auf Grund eines Beschlusses des Baugewerkeverbandes zu Hamburg, dem auch der Plattenhändlerverband angehört und dessen Satzungen er zu beobachten verpflichtet ist, und zwar bei Strafe des Ausschlusses. Er folgte also nur seiner sjaungsgemäß begründeten Pflicht, da gleichzeitig klargelegt ist, daß die vorgenommene Ausperrung unter keinen Umständen den Zweck verfolgt, eine Abänderung des abgeschlossenen Tarifvertrages herbeizuführen.“ Dann meint der Anwalt noch, die Plattenunternehmer hätten auch gar nicht weiter arbeiten lassen können, weil neben der Ausperrung noch die allgemeine Materialperre durgeführt sei.

Das ist die Weisheit des juristischen Betters der Unternehmer. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß der Mann seinen Darlegungen irgendwelche Beweisskraft antraut; ihm kann es nur darauf an, ein „Gutachten“ zu liefern, um den auszubehenden Lohn dafür einbringen zu können. Wenn er noch einmal um solche Dienste angegangen werden sollte, so merke er sich dies: Der Tarifvertrag hat den Hauptzweck, dem sich alle seine Bestimmungen unterordnen, die Arbeit im Verufe vor Störungen zu sichern. Das ganze Tarifwesen steht und fällt mit diesem Zweck. Ist es nicht möglich, die beiden Kontrahenten durch die Verträge so zu binden, daß sie dem natürlichen Gange des beruflichen Erwerbslebens nichts in den Weg legen können, so hat der Vertrag seinen Hauptzweck nicht erfüllt. Daß beide Teile während der Vertragsdauer den Frieden bewahren werden, ist die Voraussetzung für jeden Vertrag. Ob die Unternehmer mit ihrer Ausperrung den bestehenden Vertrag zu ändern trachteten oder nicht, ist ganz nebensächlich; sie bestanden die Ausperrung, und die war als ein Kampfmittel gedacht, gegen die Arbeitererschaft gerichtet. Gewiß können die Unternehmer alle Arbeiter während der Dauer eines Tarifvertrages entlassen, wenn sie z. B. keine Arbeit haben, oder wenn von ihnen nicht zu ändernde Umstände die Arbeit unmöglich machen, wie es der Witterung wegen oder bei sonstigen elementaren Störungen geschehen kann. Ja, die Unternehmer dürfen auch alle Arbeiter entlassen, wenn sie kein zur Arbeit benötigtes Material erhalten können. Das alles hat hiermit nichts zu tun und bleibt den Unternehmern unbenommen. Hier handelte es sich um eine Kam p f m a h m e, das ist das Entscheidende und der Verstoß gegen die Voraussetzungen des Tarifvertrages. Um noch ein Wort zu dem angeblichen Materialmangel zu sagen: Die Plattenverträge waren nicht Objekte, sondern Subjekte der Materialperre; mit andern Worten: sie duldeten nicht die Materialperre, sondern sie führten sie aus, denn sie selbst sind Materialhändler. Damit fällt dieser letzte Schützpfiler des Scheinbretts zusammen, der den Tarifbruch verdecken soll. Die Arbeiterkraft hat sich bisher stets auf den von uns eingetommenen Standpunkt gestellt. In verschiedenen Fällen haben wir ihn praktisch vertreten müssen, nämlich in solchen, wo unsre Kollegen durch Streiks anderer Berufe berührt wurden und wo sie dann zur Unterstützung der Streikenden die Arbeit einstellen wollten, obwohl sie vertraglich gebunden waren. Andere Organisationen haben das nicht gebildet, weil sie auch Arbeitseinstellungen, die keine Verringerung des eigenen Vertrages bewirken, für Vertragsbruch ansehen, wenn sie als Kampfmittel angewendet werden, wie es in Hamburg von den Unternehmern geschehen ist.

Gewerkschaftliches.

* Die christlichen Gewerkschaften in der Krise. Die von uns in Nr. 28 gebrachte Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen unserer Zentralverbände und der christlichen Gewerkschaften gipfelte in der Feststellung, daß unser Verlust während der Krise 4 pzt., der der christlichen Gewerkschaften dagegen 9 pzt. betrage. Das ist den Christlichen nur nicht recht, doch da sich an den Zahlen durchaus nichts ändern läßt, so versuchen sie es mit einem Ausweg, der bei allen denkenden Menschen nur Gelächter hervorruft wird. Bekanntlich hat sich die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ darauf lapidariert, die Unrichtigkeit unserer Auffassung nachzuweisen, daß sich die freien Gewerkschaften ihrer sozialistischen Ziele wegen widerstandsfähiger in der Krise erwiesen würden als die christlichen usw. Unsere Frage, was für nur zu diesem Ergebnis sage, beantwortet sie mit folgendem Zitat aus der „Hilfe“:

„Die „freien“ Gewerkschaften haben zwar 72 284 Mitglieder in derselben Zeit verloren, aber nur 4 pzt. der Gesamtzahl. Damit ist nicht gesagt, daß die Sozialdemokraten die Wirtschaftskrisis besser überstanden hätten als die Christlichen, denn bei der größeren Mitgliederzahl sind Verluste prozentual natürlich geringer als bei kleinerer Gesamtzahl.“

Das ist denn doch des Ansinns Gipfelpunkt! Wenn ich etwas vergleichen will, dann muß ich es erst vergleichbar machen, und das ist hier eben nur durch die Verhältniszahlen möglich. Das Blatt fragt, ob wir es denn wirklich so gemeint hätten. Selbstverständlich haben wir das ja gemeint! Die denn sonst? Da die „Westdeutsche“ wir hätten die absoluten Zahlen gemeint? Dann ständen sicher die Christlichen Gewerkschaften am glanzendsten da, denn die

haben absolut noch weniger Mitglieder eingebüßt als die Christlichen. Im gewöhnlichen Leben ist es nämlich so: es kann keiner mehr verlieren als er hat. Nach der Betrachtungsweise des christlichen Blattes ständen die christlichen Gewerkschaften auch noch besser, wenn sie alle Mitglieder verloren hätten und wir etwa den vierten Teil unrer Gesamtzahl, weil dann unser Verlust in absoluten Zahlen auch noch größer wäre als der der Christlichen. Wir wollen der „Westdeutschen“ ein Kompliment machen, indem wir anerkennen, daß sie noch nie so unsinnig operiert hat wie in dieser Sache. Sie wird das zu würdigen wissen.

Generalversammlungen.

Der vierte Verbandstag des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsorganisationen wurde vom 18. bis 22. Juli in Berlin abgehalten. Wie die meisten Gewerkschaften, so hatte auch dieser Verband stark unter der Krise zu leiden. Zwar ist die Zahl der Mitglieder in der Berichtsperiode um 1089 gestiegen, aber diese Steigerung fällt bereits in die Jahre 1906 und 1907. Im zweiten Quartal letzteren Jahres war mit 8705 der Höchststand der Mitgliederzahl erreicht, von da an sank sie auf 7844 im vierten Quartal 1908. Der Kassenbericht weist für die Jahre 1906 bis 1908 eine Gesamteinnahme von M 575 730,24 und eine Gesamtausgabe von M 589 807,99 auf. An regulären Beiträgen wurden M 541 807,50 und an Extrabeiträgen M 14 474,50 erhoben. Von den Ausgaben seien hervorgehoben: für Arbeitslosenunterstützung M 158 955,83, Krankenunterstützung M 23 212,15, Streifenunterstützung M 149 209,20, Gemäßregelungenunterstützung M 1448,13; für die Zeitung mußten M 28 465,78 aufgewendet werden. Am Schlusse des Jahres 1908 hatten die Hauptkassen einen Bestand von M 60 988,89 und die Lokalkassen einen solchen von M 45 603,20. Vergleicht man die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Jahre, so zeigt sich, daß die Einnahmen im Jahre 1906 die Ausgaben noch um M 51 000 überstiegen, aber in den beiden folgenden Jahren hinter den Ausgaben zurückblieben, und zwar 1907 um M 50 778, und 1908, obwohl in diesem Jahre M 14 474 durch Extrabeiträge aufgebracht wurden, immer noch um M 13 727. Zu den neun Punkten der Tagesordnung lagen nicht weniger als 214 Anträge vor. Die wichtigsten davon waren wohl diejenigen, die auf eine Sanierung der Verbandsfinanzen gerichtet waren. In Anbetracht der starken Ausgaben für Streiks sowie für Arbeitslosen-, Reise-, Kranken- und Sterbeunterstützung schlugen der Hauptvorstand und mehrere Filialen die Erhöhung der Wochenbeiträge für männliche Mitglieder von 50 auf 60 p und für weibliche Mitglieder von 25 auf 30 p vor. Andre Filialen wollten die Beiträge für männliche Mitglieder auf 65 und 70 p und für weibliche auf 35 p gesteigert haben. Auch die Staffelung der Beiträge nach der Lohnhöhe wurde von einzelnen Filialen vorgeschlagen. Dafür sollten die Unterstützungsleistungen ausgebaut und verbessert werden. Die Abstimmung über die verschiedenen Anträge ergab zunächst die Ablehnung der Beitragsstaffelung gegen eine Stimme. Die Anträge auf Erhöhung oder Erweiterung der Arbeitslosen-, der Reise-, der Kranken- und der Sterbeunterstützung sowie auf Einführung von Umzugsunterstützung wurden sämtlich abgelehnt. Von den Anträgen auf Beitragssteigerung wurde der, den Beitrag der männlichen Mitglieder auf 60 p, festzusetzen, angenommen, und gegen zwei Stimmen wurde die Erhöhung des Beitrags der weiblichen Mitglieder auf 30 p beschlossen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach inaktiven Mitgliedern bei 20 p Monatsbeitrag das Verbandsorgan gesteuert und unter Anrechnung ihrer Beitragsleistung, die naturliche Sterbeunterstützung zugesichert wird. Anträge aus Leipzig, Wilmund und Köln auf Errichtung einer besonderen Lehrabteilung wurden abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, den jugendlichen Mitgliedern bis zu 19 Jahren die „Arbeiter-Jugend“ gratis zu liefern. In einer Resolution werden außerdem die Verbandsmitglieder verpflichtet, sich mehr als bisher der Lehrtätigkeit anzunehmen und besonders dahin zu wirken, daß die Lehrlinge sich an den Veranstaltungen der örtlichen Ausschüsse zur Bildung der Jugend beteiligen. Die Filialleitungen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Frage der Lehrlingsausbildung und des Lehrlingschutzes eine größere Aufmerksamkeit zugewandt wird, damit die Beschlüsse des sechsten Gewerkschaftskongresses über die Jugendbewegung in die Tat umgesetzt werden. — Zum Punkt „Gauvereinigungen des Verbandes“ wurde beschlossen, die Gaus in Zukunft nach Bedarf und nach erfolgter Verbandsung zwischen Hauptvorstand und Gauvorstand stattfinden zu lassen. Die Gaus sollen zur Förderung der Agitation durch die Gausleitung in Bezirke eingeteilt werden, mit Bezirksleitern an der Spitze. Für die Bezirke sollen von der Gausleitung nach Bedarf Bezirkskonferenzen einberufen werden. In einer Resolution zur Maiezer stellte sich der Verbandstag erneut auf den Standpunkt der internationalen Arbeiterkongresse: Bei der Beratung des Reglements für Lohnbewegungen begründete Wesper einen Vorstandsantrag, nach dem dem Vorstand das Recht zustehen soll, Streiks zu beenden. Doch soll in diesem Falle möglichst vorher eine Verständigung mit der Ortsverwaltung und den Streikenden herbeigeführt werden. — Zu diesem Antrag stellte Berlin den Zusatz: „Erklären sich zwei Drittel der beteiligten Mitglieder in geheimer Abstimmung gegen die Beendigung der Streiks, so gelten die bezüglichen Anträge des Hauptvorstandes als abgelehnt.“ Der Verbandstag stimmte nach kurzer Debatte dem Vorstandsantrag mit dem Berliner Zusatz zu. Angenommen wurde auch ein Antrag, wonach Angehörige mindestens drei Monate vor Beginn, beim Besetzen hündbarer Lohntarife jedoch mindestens zwei Monate vor dem Kündigungstermin dem Hauptvorstande angemeldet werden müssen. — Zum Punkt Reichsversicherungsbewegung wurde nach kurzem Referat des Verbandsvorstandes Wesper-Berlin eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß der Verbandstag in dem Entwurf der Reichsversicherungsbewegung die Erfüllung der auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse nicht erblicken kann, und in der die Forderungen der Tapezierer aufgestellt werden. Von der Erörterung der Versicherungsbewegung wurde der vorgedachten Zeit halber abgesehen. — Bei den Wahlen wurde als erster Vorsitzender

an Stelle Wepers, der einen andern Posten übernimmt, der erste Kassierer Spließ und an dessen Stelle Engel-Dresden gewählt.

Soziales.

*Arbeitslosenversicherung. Zur Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung hat die Verwaltung der Stadt Düsseldorf eine Denkschrift ausarbeiten lassen. Das Ergebnis der Denkschrift kommt in folgendem Beschluß zum Ausdruck, den die Verwaltung der Stadtverordnetenversammlung vorlegte und den diese einstimmig annahm: „Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von dem Bezirke des Statistischen Amtes, betreffend die Arbeitslosenversicherung, zustimmend Kenntnis und ersucht die Verwaltung, durch Bericht an die vorgesehene Behörde und auf ihr sonst geeignet erscheinende Weise den Erlaß eines Reichsgesetzes zu betreiben; welches den Gemeinden das Recht zur Einrichtung kommunaler Arbeitslosenversicherungsklassen mit Beitragszwang für die in Frage kommenden, im Gesetze selbst noch näher zu bestimmenden Personengruppen verleiht.“

*Zustrom ausländischer Arbeiter erwünscht. Die italienische Regierung hat kürzlich gegen den Legitimationszwang der ausländischen, insbesondere der italienischen Arbeiter in Preußen Stellung genommen und gegen diese Maßregel auf diplomatischem Wege Verwahrung eingelegt. Sie hat die preussische Regierung aufgefordert, die Lösung dieser Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, falls Preußen es nicht vorzöge, der Forderung Italiens nachzukommen, die Steuer im Betrage von 2/2 für die Ausgabe der Legitimation abzugeben und die Bedingung fallen zu lassen, daß bei einem Bruch des Arbeitsvertrages der betreffende Arbeiter sofort ausgewiesen werden kann. Auf die Anregung, die Lösung der Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, ist nun die preussische Regierung nicht eingegangen, dagegen hat das Ministerium des Innern folgende Verfügung erlassen:

Es ist zwar durch Rundverlaß vom 21. Dezember 1907, betreffend die Inlandslegitimierung der ausländischen Arbeiter, angeordnet worden, daß diejenigen, welche in Arbeit treten wollen oder in Arbeit getreten sind, ohne im Besitz der Arbeiterlegitimationskarte zu sein, ausgewiesen sind. Im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung dieser Vorschrift wird indes darauf hingewiesen, daß es nicht zulässig ist, gegen Arbeiter, die sich nicht im Besitz des fraglichen Ausweises befinden, ohne weiteres und unmittelbar mit der Landesverweisung vorzugehen. Die betreffenden Arbeiter sind vielmehr zunächst mindestens einmal, in geeigneten Fällen auch wiederholt zur nachträglichen Beschaffung der Karte aufzufordern, wobei ihnen die Polizeibehörden, soweit erforderlich, Rat und Beistand zu leisten haben. Nur bei andauerndem Widerstand gegen die bestehenden Legitimierungsvorschriften wird solcher durch das Mittel der Ausweisung zu brechen sein. Ueberhaupt müssen sich die Polizeibehörden bei Anwendung der Ausweisungsmahregel stets gegenwärtig halten, daß die Inlandslegitimierung nur dem Zwecke der ausländischen Arbeiter einer im sicherheits- und ordnungspolizeilichen Interesse notwendigen Kontrolle unterwerfen will, daß dabei alles vermieden werden soll, was ein Fernhalten oder Zurückdrängen des für die inländische Produktion erwünschten Zustromes der ausländischen Arbeiter herbeiführen könnte.“

Nach dieser Verfügung ist die preussische Regierung dem Verlangen der italienischen Regierung scheinbar insoweit entgegengekommen, als sich durch dieses Entgegenkommen für die deutschen Kapitalisten und Agrarier ein Vorteil ergibt. Der Zustrom ausländischer Arbeiter soll erleichtert werden! Dagegen ist die preussische Regierung in ihrer Verfügung mit keinem Wort auf das Verlangen der italienischen Regierung eingegangen, dessen Erfüllung auch im Interesse der deutschen Arbeiter gelegen hätte, nämlich die Bedingung fallen zu lassen, daß bei einem Bruch des Arbeitsvertrages der betreffende Arbeiter sofort ausgewiesen werden kann. Die Erfüllung dieser Forderung hätte ja bei den preussischen Kapitalisten — und noch mehr bei den Agrariern — Unstosserregt, und in diese Gefahr kann sich die preussische Regierung, die treue Sachwalterin der Agrarier- und Kapitalistenklasse, nicht begeben. Dagegen darf sie in einer Zeit, wo in manchen Berufen immer noch Hunderttausende von Arbeitern beschäftigungslos sind, die Arbeiter tüchtig mit der Forderung probuzieren, der Zustrom ausländischer Arbeiter sei erwünscht. Warum auch nicht? Die inländischen Arbeiter sind ja so geduldig, daß man sich ihnen gegenüber alles erlauben kann.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist jenseits das 44. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes hebt wir hervor: Arbeiter- und Junkerfrage. — Der Bauer und die Sozialdemokratie. Von August Baasch. — Nochmals: Tarifverträge und Wirtschaftskrisen. Von Wilhelm Hänsgen (Dortmund). — Revisionistische Gesichts-schreibung. Von J. Karst. — Die Stahlwarenfabrikation des Solinger Industriebezirks. Eine Mitteilungsstellung von Ernst Gru. — Erwiderung. Von Johannes Kreggen (Solingen). — Literarische Rundschau: K. Schwarz, Herbert Spencer. Von G. Götzen. — Durcheinand. Am Lebensquell. Von Fritz Dübelt. — Reise eines jungen Deutschen in Frankreich und England im Jahre 1818. Von Hermann Wendel. — Notizen: Stolpings Reformpolitik im Lichte meibauischer Statistik. Von Lipsius. — Zeitschriftenchau. Dazu das Feuilleton der „Neuen Zeit“ Nr. 18.

Der in seinem 34. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1910 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Auer & Co. in Hamburg) enthält u. a.: Kalendarium. — Postalisches. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Mischbild. — Messen- und Märkte. — Am Kreislauf des Jahres. — Wer schützt die

nationale Arbeit? Von Hermann Mollenbuhr. — Streif-Gebicht von Alexander Bogit. — Die Prangerbank. Erzählung von Ernst Bahn (mit Illustrationen). — Konsumvereine und Sozialdemokratie. Von Dr. August Müller (mit Illustrationen). — Zwischen den Wehren. Gebicht von Julius Bergh. — Die Rückseite des Mondes. Von Wilhelm Bölsche (mit Illustrationen). — Pitag. — Spiel. Aus der russischen Konterrevolution. Erzählt von R. G. (mit Illustrationen). — Neue Saat. Gebicht von Franz Diederich. — Erlebtes und Erlebtes. Ein Beitrag zur Geschichte des sozialistengegnerischen Polizeinuwesens von Karl Frohne (mit Porträt). — Proletarierinder. Bilder aus der Agitation. Von D. B. — Die Wasserratte. Erzählung von Clara Viebig (mit Illustrationen). — Vom Gefänderecht zur modernen Dienstbotenbewegung. Von Ida Waar. — Bildschmied fürs Arbeiterheim. Ein Nachweis guter Bilder. Von Dr. Franz Diederich (mit Illustrationen). — Der Alte. Gebicht von Ludwig Reissen. — Zwei Katastrophen (mit Illustrationen). — Die wirtschaftliche Krise und ihre Wirkung. Von Robert Schmidt. — Der Wallen und die Wallenpirren. Von Heinrich Unow (mit Illustrationen). — Unre Toten (mit Porträt). — Stehende Wälder. — Wälder Eifer. — Für unsere Käseflöser. — Auserdem vier Bilder: Winterabend — Liebesleute auf dem Lande — Kartoffelernte — Schnitter. — Ein Bierfarbendruck auf Kunstbruderpapier: Eingeschlafen. — Ein Wandkalender.

Wanderlust. Liederbuch für Handwerker, enthält 196 Handwerker-, Wander- und Freiheitslieder. Preis 50 Pf. Zu beziehen durch Otto Kaufmann, Berlin W 35, Köpenickerstr. 8, 2 Et.

Jugendliederbuch. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Preis 20 Pf.

In Freien Stunden, Heft 28 und 29. Sie enthalten die Fortsetzungen des Romans „Stefan von Giffenhof“ von Minna Kautsky und der Novelle „Es lebe die Gerechtigkeit“ von Theodor Mügge. Beide Erzählungen haben erst im 27. Heft begonnen, mit dem Bezuge der Wochenchrift kann also jetzt noch sehr gut begonnen werden. Das Heft kostet 10 Pf. Die „Freien Stunden“ haben sich bereits einen solchen Ruf erworben, daß jede Empfehlung überflüssig ist.

Briefkasten.

* Eine Anzahl Berichte mußten wegen Raummanget zurückbleiben.

An die Schriftführer. Wir erhalten trotz wiederholter Mahnung immer noch sehr oft Berichte, bei denen der Stempel des Vorstandes, manchmal sogar auch die Unterschrift des Berichterstatters fehlt. Wir können solche Berichte nicht abdrucken, da wir uns sonst in die Gefahr begeben, über Dinge zu berichten, die sich gar nicht oder doch nicht so zugefallen haben, wie uns berichtet wird. Sollen Berichte abgedruckt werden, so müssen sie mit der Unterschrift des Berichterstatters und dem Stempel des Vorstandes versehen sein. Wir bitten die Schriftführer, dies zu beachten. Entausfen. Der Bericht enthält nichts von Wichtigkeit. Marienwerder. Der Bericht ist bereits so alt, daß er sich zum Abdruck nicht mehr eignet. Re., S. B. Der Müggler gibt nach; lassen wir die Sache ruhen, zumal es nur das Wegschrei des Geprügelten ist. W. W., Oppenheim. Das wirst Du selber müssen. Die Steuerbehörde kann sich eine solche Summe selbst erlauben. Chemnitz, Follerer. Der Name des „Grundstein“ ist so knapp, daß wir Berichte, die nur unwichtige Mitteilungen enthalten, nicht abdrucken können.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Franz Wlcek und Matthias Basta, wo nicht Ihr? Sendet Eure Adresse an Franz Trita, Erfurt, Anger 8.

Carl Brückner, früherer Kollege, später Baununter-zu Furra, Str. Nordhausen, wird gesucht. Wer Auskunft über dessen Aufenthalt geben kann, möge es Adam Reuter in Gughagen, mitteilen. Zweigverein Cassel.

Bayreuth und Umgegend.

Samstag, den 14. August, abends 8 Uhr: Dreizehntes Stiftungsfest in der „Zentralhalle“ bestehend in

Konzert, Theater, Feste und Ball. Sämtliche Mitglieder des Vereins sowie die andern Gewerkschaften sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8, 90] Das Festkomitee.

Witten-Annen.

Am 15. August feiert der Zweigverein im Lokale Röhmeier, Arbeitstraße, sein diesjähriges

Hammervergnügen

bestehend in Konzert und Ball. Die Mitglieder der umliegenden Zweigvereine und Gast-fellen werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 8, 80] Das Festkomitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb eines Monats nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 10 Pf.)

Mit-Cosel. Am 30. Juli starb nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege Ludw. Olschenka im Alter von 80 Jahren an Unterleibstypus. Sab. Fiß. Am 31. Juli starb unser langjähriger Kassierer Peter Kottmeier im Alter von 33 Jahren an Lungentuberkulose. Cassel. Zahlstelle Bessie. Am 28. Juli starb unser langjähriger Mitglied Johannes Schimmel im Alter von 64 Jahren. Schimmel war Mitbegründer unserer Zahlstelle. Gießen. Am 28. Juli schied unser Verbandskollege Wilhelm Seibert von G r o ß e n - B u s e l e im Alter von 43 Jahren freiwillig aus dem Leben. Seibelberg. Zahlstelle G e p p l e i m. Am 22. Juli starb unser Kollege Johann Roth im Alter von 64 Jahren an Herzleiden. Krafow. Am 28. Juli starb unser Kollege J. Klatt im 68. Lebensjahre an Augenleiden. Neu-Ruppin. Am 24. Juli starb unser Verbandskollege August Hierich im Alter von 52 Jahren an Magen- und Darmleiden. Verspätet. Am 12. Juli starb unser treuer Kollege Josef Köhler im Alter von 27 Jahren an Herzleiden und Rheumatismus. Josef Köhler war Gründer unseres Zweigvereins und ein eifriger Vorkämpfer der Arbeiterbewegung; seine Anwesenheit konnte ihn dabei einschüchtern. Sein Andenken wird uns allzeit teuer sein. Nothenburg o. d. Tauber. Am 31. Juli entschied nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege Hans Scheu im Alter von 30 Jahren. Werbau. Am 19. Juli starb der Kollege Dämmrich an den Folgen eines vor vier Jahren erlittenen Unfalls. Wiesbaden. Zahlstelle K a u r o b. Am 25. Juli starb nach kurzer Krankheit unser Verbandskollege Karl Schreiner II im Alter von 27 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Ernst Fink, Verb.-Nr. 130846, zuletzt in Buer i. W., wird gebetet; seine Adresse sofort an Wilhelm Klenke, Buer i. Westf., Essenerstr. 88, gelangen zu lassen. [M. 1, 20]

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Betriebsrat, H Geberge, Rz Beiratsmitglied, Wb was ausgeht bei). Monats. K Th. Klement, Schifferstr. 7. Werbau. V Max Jacob, Grimmlschauerstr. 51.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandsversammlungen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Freitag, den 6. August. Ayrswalde, Mitteilungsblätter sind mitzubringen.

Sonntabend, den 7. August.

Ohlau. Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zur Lindenbütte“, Steinbamm 6. Teuchern. Abends 8 Uhr.

Sonntag, den 8. August.

Belzig. Nachm. 4 Uhr im Vereinstofel. Gransow. Nachm. 3 Uhr im Frankfischen Lokale. L.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartale. Beschlüssen. Niemegk. Nachm. 3 Uhr, Schützenstr. 162. L.-D.: Kassafrage. Gewerkschaftliche Beschlüssen. Wasungen. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Stein“. Wichtige Tagesordnung. Zerbst. Nachm. 4 Uhr.

Montag, den 9. August.

Celle. Abends 8 1/2 Uhr bei G. Knoop. L.-D.: Abrechnung. Beitragbeschlüssen.

Dienstag, den 10. August.

Liegnitz. Abends 7 Uhr.

Sonntag, den 15. August.

Kemberg. Nachm. 3 Uhr im Lokale „Zur preussischen Krone“. L.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartale. Wiederrücknahme vom Gewerkschaftsfest. Beschlüssen. Mitteilungsblätter sind mitzubringen. Nebrä. Nachm. 2 1/2 Uhr in Lieberstedt. Mitteilungsblätter sind mitzubringen.

Donnerstag, den 19. August.

Berlin. Bezahlte Abrechnung. Abends 8 1/2 Uhr bei Wiemers, Wäldstr. 68. L.-D.: Vortrag. Beschlüssen.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 8. August; Zahlkwo. Nachm. 3 Uhr im Lokale der Witwe Schubert. L.-D.: Kassenbericht.

Montag, den 9. August.

Rixdorf. Abends 8 1/2 Uhr bei Pahl, Steinmühlstr. 114. L.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartale. Bericht von der Generalversammlung. Beschlüssen.

Freitag, den 13. August.

Berlin. Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. L.-D.: Kassenbericht. Bericht von der Generalversammlung. Beschlüssen. Mitteilungsblätter sind mitzubringen.

Sonntag, den 15. August.

Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im Rotenhaus, Rosenstr. 8. L.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartale und Kassenangelegenheiten.